



Chancen aus der Krise

„aktiv – organisiert – verändernd!“

Reader für krisenbewusstes Handeln.

INHALTSVERZEICHNIS

Editorial. Chancen aus der Krise „aktiv - organisiert - verändernd!“	05
vom Redaktionsteam	
Fragen, Antworten, Thesen! Thesen zum Kapitalismus	06
vom Redaktionsteam	
Der europäische Fiskalpakt. Kurz gefasst.	08
von Franziska Hildebrandt	
Regieren in der Krise	10
von Franziska Hildebrandt	
Die Planung der universitären Entwicklung (STEP)	
<i>Ein Beispiel für undemokratische Verhältnisse</i>	14
von Gabriel Riesner	
Krise mit Geschlechtsmerkmalen	17
von Lina Derbitz	
Wirtschaftskrise, Mietenwahnsinn & Wohnungsnot in Hamburg	
<i>Wer soll das bezahlen, er hat soviel Geld?</i>	19
von Maarten Thiele	
Situation und Perspektiven der Volkswirtschaftslehre in Zeiten der Krise: Von Aha-Effekten und einem Revolutiönchen in den Wirtschaftswissenschaften.	22
von Artur Brückmann	
Syrien - Intervention für Menschenrechte?	24
vom Referat für internationale Solidarität	
Radikale Protestperspektive?	28
von Franziska Hildebrandt	

Chancen aus der Krise

„aktiv – organisiert – verändernd!“

Krise, die: schwierige Lage, Situation, Zeit [die den Höhe- und Wendepunkt einer gefährlichen Entwicklung darstellt]; Schwierigkeit, kritische Situation; Zeit der Gefährdung, des Gefährdetseins.

(Duden. 25. Aufl. Band 10. Leipzig/Mannheim/Wien/Zürich: Bibliographisches Institut 2009.)

Editorial.

Die Krise ist und bleibt in aller Munde. 2008 sprachen wir noch von einer Immobilienkrise. Da wurden – verkürzt gesagt – absurderweise so viele Häuser gebaut, dass Menschen obdachlos wurden. Später wurde es Bankenkrise genannt. Da wurden Milliarden aus öffentlicher Hand in die Banken gepumpt. Heute, 2012, wird in Medien und Politik von einer Staatenkrise gesprochen. Es werden jetzt massiv demokratische Rechte der Bevölkerung beschnitten, um die Staaten zu „retten“. Wie auch immer; eins bleibt: Krise. Eine Zeit der Gefährdung, die den Höhe- und Wendepunkt einer gefährlichen Entwicklung darstellt.

Allen Verschleierungsversuchen zum Trotz, die Auswirkungen der Krise und deren Bewältigungspolitik betreffen alle Menschen. Ob es nun von der Troika verordnete radikale Kürzungen der Renten in Griechenland sind, Privatisierungen öffentlicher Güter in Spanien oder die von der Schuldenbremse legitimierten Hochschulkürzungen hier in Hamburg. Es sind überall die gleichen Ursachen und Argumentationsmuster und ähnliche Auswirkungen. Dabei ist es eigentlich der Kapitalismus, der tief in der Krise steckt. Angesichts der Komplexität, der Globalität und der Drastik stehen wir manchmal etwas ohnmächtig den Entwicklungen gegenüber. Denn wir durchleben die größte Krise des Kapitalismus seit 1929. Zu dieser Einschätzung kommen seit kurzem sogar die bürgerlichen Medien, große Teile der Par-

teien und die Gewerkschaften. Der Kapitalismus bedeutet aber permanente Zerstörung von Umwelt sowie des gemeinsamen Lebens und des solidarischen Miteinanders.

Diese Feststellung mag erst mal erschreckend klingen, doch in Wirklichkeit war die Krise nie weg. Auch wenn wieder versucht wird zu beschwichtigen – wir hätten das Schlimmste überwunden und könnten jetzt wieder nach vorne schauen – bleibt die Erkenntnis, dass innerhalb unseres derzeitigen Wirtschaftssystems die Probleme nicht gelöst werden, sondern höchstens verschoben, von einer Region zur anderen, von einem Sektor zum nächsten, von Jetzt in die Zukunft.

Die Kritik [...] endet mit [...] dem kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.

(K. Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung. [1844] In: MEW I. S. 385)

Die zahlreichen Sozialproteste in ganz Europa und der Welt, bei denen sich Menschen auflehnen gegen scheinbare Sparzwänge, gegen politische Vorhaben, die fernab jeder demokratischen Basis durchgedrückt werden sollen, zeigen einen Widerspruch: Auf dem höchsten Stand des gesellschaftlichen Reichtums regiert der Sparzwang, der längst auch die öffentlich-rechtliche Finanzierung des Bildungssystems erfasst hat.

Die dringend notwendigen Ausfinanzierungen der Bildungs-, Sozial- und Kultureinrichtungen fallen nicht vom Himmel. Wir müssen sie gemeinsam erstreiten. Der gemeinsame Kampf für Verbesserungen ist die praktische Alternative zur der Zerstörung durch die Kürzungspolitik und die Schuldenbremse.

Mit der Broschüre möchte wir anhand von konkreten Arbeitsfeldern innerhalb des AStA einerseits aufzeigen, welche Möglichkeiten uns in der Krise und aus der Krise heraus offenstehen und andererseits inwieweit Bewegungen bereits Verbesserungen hervorgebracht haben. Weiter versuchen wir uns im Diskurs um die Krise positionell zu verordnen, um alle zum Nachdenken und Mitdiskutieren anzuregen. Mit der Broschüre möchten wir dazu ermutigen, aktiv zu werden / zu bleiben, sich zu organisieren und sich für Veränderung einzusetzen.

Doch es geht nicht nur darum, ein Ziel anzustreben, eine schöne Idee zu haben oder eine Utopie zu entwerfen, sondern auch darum, das in einer Gesellschaft Vorhandene aufzugreifen und sich analytisch und praktisch anzueignen.

(R. Zelik/E. Altvater: Vermessung der Utopie. München: Blumenbar 2009. S.156)

Die Artikel haben natürlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern sollen vielmehr eine Diskussionsgrundlage bieten.

Viel Spaß beim Lesen wünscht das Redaktionsteam!

Fragen, Antworten, Thesen!

Thesen zum Kapitalismus

Wir stecken nicht nur in einer Finanzkrise, sondern wir durchleben ebenso eine Energiekrise, Nahrungskrise, Klima-krise, Demokratiekrise und Ressourcenkrise. Was uns zur Frage bringt: Ist die Krise eine Fehlentwicklung im System, die innerhalb der Struktur behoben werden kann? Oder sehen wir die Krise als eine systematische Folge des widersprüchlichen Wirtschaftssystems, nämlich des Kapitalismus?

1. Der Kapitalismus ist die Krise.

Das System basiert auf der zwanghaften Profitmaximierung, die nur wenigen Menschen zugutekommt und die Menschen ausbeutet. Dabei orientiert sich die Wirtschaftsordnung am Profit und nicht am Bedürfnis der Menschen. Das führt zu aberwitzigen Geldgeschäften und manchmal schwer nachvollziehbaren Dynamiken, die immer mehr Menschen ins Elend treiben und immer weniger Menschen reicher werden lassen. Der Profit wird durch die Lohnarbeit gesteigert, also den Mechanismus, dass Menschen ihre Arbeitskraft verkaufen, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen, dadurch einen Mehrwert schaffen, von dem andere profitieren.

Dem Wirtschaftssystem Kapitalismus, zugrunde liegend ist die Fixierung auf Kapital (in Form von Besitz im Allgemeinen und Geld und Produktionsmitteln im Besonderen) als Ausgangslage und Ziel des Warenkreislaufes. Waren werden produziert um mehr Kapital zu erzeugen, nicht andersherum: Kapital ist nicht Mittel zum Zweck der Warenerzeugung, Kapitalerzeugung und -akkumulation ist der Zweck. Von dieser

Akkumulation profitieren zwangsweise immer weniger Menschen.

2. Wir stehen vor einem Wendepunkt.

In der momentanen Krise des Kapitalismus stehen wir gesellschaftlich vor einem Wendepunkt: Die weitere Zuspitzung der Diktatur des Kapitals oder die Überwindung der Besitzverhältnisse? Es liegt an uns, die Grenzen, Widersprüche und die Krise des kapitalistisch organisierten Wirtschaftssystems herauszuarbeiten und zu diskutieren, die Systemfrage zu stellen und sie mit einer Perspektive zu beantworten: Kapitalismus überwinden! Her mit dem schönen Leben für alle.

3. Der Kapitalismus ist für alle scheiße.

Für die "Wende" sollten wir viele Menschen werden, die für Verbesserungen für alle und schlussendlich die Überwindung des Kapitalismus kämpfen. Die können wir werden, denn der Kapitalismus ist für alle Menschen scheiße. Es ist zu erkennen, dass der Kapitalismus Ausbeutung, Elend, Umweltzerstörung und Krieg bedeutet. Für dieses Erkennen

lässt sich streiten. Auch die Besitzenden stehen unter dem Zwang der ständigen Profitmaximierung, und der Kapitalismus ist spätestens in der Krise auch dysfunktional für die Herrschenden geworden.

4. Als Bewegung haben wir die Kraft, etwas zu ändern und die Systemfrage positiv zu beantworten.

Unsere Probleme sind weltweite Probleme, weil der Kapitalismus ein weltweites Problem ist. Deswegen haben die Auseinandersetzungen hier auch gesellschaftliche Relevanz. Wir sollten also überall Positives entwickeln und unsere politische Verantwortung wahrnehmen. Gemeinsam als Bewegungen können wir verändern.

Krise bezeichnet eine über einen gewissen (längeren) Zeitraum anhaltende massive Störung des gesellschaftlichen, politischen oder wirtschaftlichen Systems. Krisen bergen gleichzeitig auch die Chance zur (aktiv zu suchenden qualitativen) Verbesserung.

(K. Schubert / M. Klein: Das Politiklexikon. 5., aktual. Aufl. Bonn: Dietz 2011)

AKTIV!

Es liegt an uns, wie diese Frage gesellschaftlich beantwortet wird. Dafür ist es notwendig, dass wir uns aktiv in die gesellschaftliche Debatte einbringen und für Verbesserungen wirken. Aber um die Möglichkeit zu haben, sich in gesellschaftliche Prozesse einzubringen und diese zu gestalten, sollten die Dynamiken, Zusammenhänge und Hintergründe verstanden werden. Mit dieser Broschüre möchten wir daran mitwirken. Sachzwänge sind nicht in Stein gemeißelt, die Uni nicht für immer und ewig an das Bachelor-Master-System gekoppelt und das Wirtschaftssystem nicht zwangsweise mit dem Dogma der unendlichen Profitmaximierung zusammenhängend. Das Bestehende darf nicht unhinterfragt bleiben und sollte von uns immer wieder aktiv kritisiert werden. Das Wirtschaftssystem muss sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren, das Studium ohne Zwang und Kontrolle soll der kritischen Aneignung von Wissen dienen und anstellen von für die Gesellschaft schädlichen Sachzwängen können Verbesserungsverpflichtungen von allen zum Wohle aller etabliert werden.

ORGANISIERT!

Durch die neoliberale Doktrin wird immer weiter versucht uns zu vereinzeln. Nur individuell und gegen alle anderen hättest Du eine Chance zu überleben. Nein! Die Antwort darauf heißt Solidarität. Wir übernehmen gegenseitig Verantwortung für uns, in dem wir gegen die Vereinzelung eine Praxis entgegensetzen, die uns unterstützt und bekräftigt. Wenn wir zusammen handeln, können wir politisch und gesellschaftlich etwas bewirken. Alle können Politik werden. Dafür lohnt es, sich

zu organisieren. Für progressive Veränderung bedarf es Kritik an den bestehenden Verhältnissen und vor allem des Zusammenschlusses der Kritiker*Innen. Dieser Zusammenschluss und der kollektive Kampf für Verbesserungen sind die Alternative zur Zerstörung gesellschaftlichen Reichtums durch den Kapitalismus.

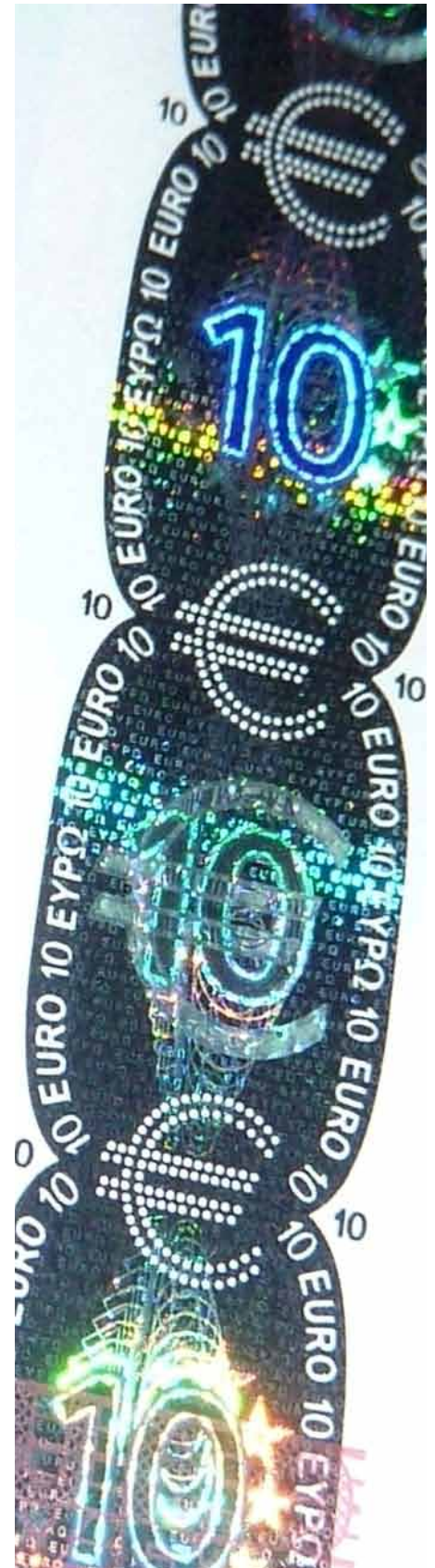
VERÄNDERND!

Vereint in der Erkenntnis, dass eine andere Welt möglich ist, zielen wir gemeinsam auf Veränderungen hin, die die grundlegenden Unterdrückungsstrukturen überwinden. Denn Krisen bergen gleichzeitig auch die Chance zur (aktiv zu suchenden qualitativen) Verbesserung. Wir kriegen nicht die Krise, lieber verändern wir aktiv organisiert die Welt, die Stadt, die Uni. Wir verbreiten Argumente und streiten uns miteinander über sie. Wenn immer mehr Menschen von der Kritik überzeugt sind, wird die Praxis eine andere Form annehmen: denn es geht um die Einrichtung vernünftiger Verhältnisse zum Wohle aller.

Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen. (K. Marx/F. Engels: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte. [1852] In: MEW 8. S. 115)

*„Keine Atempause,
Geschichte wird gemacht,
es geht voran!“*

(Fehlfarben: Ein Jahr (Es geht voran). Auf Monarchie und Alltag. London: EMI 1980)



Der europäische Fiskalpakt. Kurz gefasst.

Fakten.

Der Fiskalpakt sieht vor, dass die nationalen Haushalte ausgeglichen sein oder einen Überschuss aufweisen müssen.

Der Fiskalpakt beinhaltet die Pflicht zur Verankerung der Schuldenbremse in den jeweiligen Landesverfassungen der Mitgliedsstaaten. Die Schuldenbremse bedeutet, dass die Neuverschuldung der Staaten nicht mehr als 0,5% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) betragen darf.

Der Fiskalpakt schreibt bei Nichteinhaltung Sanktionsmittel fest. Dies sind finanzielle Sanktionsmittel, aber auch Einschnitte in die demokratische Autonomie der Mitgliedsstaaten.

Der Fiskalpakt gibt vor, dass über größere Staatsschuldenaufnahme und größere wirtschaftspolitische Reformen vorab berichtet werden muss.¹

Auswirkungen.

Durch den Fiskalpakt verpflichten sich die Mitgliedsstaaten zu einer europäischen Abstimmung und Koordinierung der Fiskalpolitik.

Durch den Fiskalpakt können die einzelnen demokratischen Rechte der Mitgliedsstaaten stark beschnitten werden.

Durch den Fiskalpakt verschiebt sich das Augenmerk in der Fiskalpolitik stärker von der Einnahmeseite auf die Ausgabenseite.

Durch den Fiskalpakt wird Partei für die herrschenden Verhältnisse ergriffen und die gesellschaftliche Zuspitzung durch formale Begründungen und Sachzwangsargumente verschleiert.

Durch den Fiskalpakt schaffen sich die Mitgliedstaaten einen selbstverschuldeten Sachzwang.

Durch den Fiskalpakt wird versucht die drastischen Kürzungen im Sozial-, Bildungs- und Kulturbereich zu legitimieren.

Der Fiskalpakt treibt die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben weiter voran, indem durch die Verankerung der Schuldenbremse die Kürzungen an der Bevölkerung noch drastischer werden.

Der Fiskalpakt ist ein Teil des Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (SKS-Vertrag), der am 2. März 2012 von allen EU-Staaten außer dem Vereinigten Königreich und Tschechien unterzeichnet wurde.

Ideologie.

Der Fiskalpakt zeigt, dass angenommen wird, die Ursache der Krise sei eine falsche Fiskalpolitik der Staaten. Der Fiskalpakt beruft sich auf die Annahme, die Bevölkerung der EU habe über ihre Verhältnisse gelebt.

Der Fiskalpakt versucht vorzugeben, die Krise des Kapitalismus sei über eine andere Fiskalpolitik zu beheben. Der Fiskalpakt verschiebt das Augenmerk von der Einnahme- auf die Ausgabenseite. Ein ausgeglichener Haushalt sei nur durch die Beschränkung der Ausgaben möglich, nicht durch die Erhöhung der Einnahmeseite beispielsweise durch eine höhere Vermögenssteuer.

Chancen.

Der Fiskalpakt ist eine Reaktion der Herrschenden auf die Krise, um zu versuchen die bestehenden Verhältnisse zu stabilisieren.

Der Fiskalpakt ist eine Reaktion auf die zahlreichen, starken Proteste der Bevölkerung in Europa gegen weitere Kürzungen und die weitere Umverteilung von unten nach oben.

Der Fiskalpakt ist eine weitere Zuspitzung der Auseinandersetzungen zwischen den Interessen der Herrschenden und den Interessen der Bevölkerung.

Der Fiskalpakt ist ein Indikator dafür, wie weit die Sozialproteste der zurückliegenden Monate wirken, wenn zu solchen undemokratischen Mitteln gegriffen werden muss.

Der Fiskalpakt kann als eine Chance für die Weiterentwicklung der Proteste gesehen werden.

Der Fiskalpakt ist zur Schwächung der Proteste gedacht worden, indem das selbstgeschaffene Sachzwangargument installiert wurde.

Der Fiskalpakt entmutigt uns nicht, wir kämpfen jetzt erst recht für die Überwindung dieser Verhältnisse.

In Hamburg.

Die Zuspitzung ist weiter vorangetrieben. Die Schuldenbremse hat reale Auswirkungen auf die Haushaltsaufstellung 2013/2014 des Hamburger Senats. Dagegen steht aber die zwingend notwendige Entwicklung der Bildungs-, Kultur- und Sozialeinrichtungen für den Weg aus der Krise. Die Ausgangslage ist deutlich: Die Etats dieser Bereiche müssen erhöht werden. Dafür müssen wir streiten. Für die Nichteinhaltung der Schuldenbremse und somit die Überwindung dieser.

¹ Vgl. Europäischer Rat: Unterzeichnung des Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung, 02.03.2012: <http://tinyurl.com/bwaq3vs>

Regieren in der Krise.

von Franziska Hildebrandt
Vorstand & Finanzreferat

„Der Kapitalismus verläßt sich stillschweigend auf genau die menschlichen Eigenschaften, die seine Weißwäscher der Mehrheit absprechen.“ (Dietmar Dath)¹

Woher nimmt die „parlamentarische Demokratie“-Struktur, wie sie heute in Deutschland besteht – historisch gewachsen und entwickelt – ihre Legitimation?

Die Wahl als demokratisches Element in der Autorität des Wählenden fungiert als einzige Legitimation.

Durch das allgemeine Wahlrecht werden den Staatsbürgerinnen gleichzeitig wichtige Entscheidungen gewährt als auch entzogen. Die heutige Struktur macht sich das Bild des inkompetenten, uninformierten Wählenden zum Nutzen. Einerseits hat die Bürgerin die Macht über eine Regierung zu entscheiden, andererseits wird sie von allen weiteren inhaltlichen Entscheidungen ferngehalten. Sie kann also entscheiden, wem sie die Verfügung über die nationalen Streitkräfte in die Hände legt. Sie kann aber nicht entscheiden, ob diese Streitkräfte in einzelnen Fällen überhaupt zum Einsatz kommen. Somit wird diesem Wahlrecht der vernünftige Sinn abgestritten.

Die Wahl erscheint als einziges „demokratisches“ Element in der Autorität des Wählenden. Der Wählende erlässt keine Gesetze. Er verhandelt nicht und schließt auch keine Bündnisse. Ebenso wenig erklärt er einen Krieg. In diesem Konstrukt der repräsentativen Demokratie ist die Wahl keine Sachentscheidung, sondern sie bleibt ein Bekunden des Zutrauens. Die Staatsbürgerin überträgt ihre Entscheidungsgewalt in allen Sachfragen an Menschen, denen sie vielleicht eher zutraut diese zu treffen.

Ist die Abtrennung zwischen Entscheidungszentren und Wählerschaft demokratisch?

„Vom Gesichtspunkt der radikalen demokratischen Doktrin ist der Name „parlamentarische Demokratie“ so viel wie ein hölzernes Eisen, denn Parlamentsherrschaft kann in ihren Augen niemals demokratisch, Demokratie niemals parlamentarisch sein.“ (Dolf Sternberger)²

Dieses System trägt eine ursprüngliche und fortwirkende Spannung zwischen Repräsentation und Demokratie in sich. „Parlamentarische Demokratie“ stellt eine Paradoxie dar, die sich unter anderem im ambivalenten Charakter des Parlaments widerspiegelt. Einerseits fungiert das Parlament als Ort, in dem die Interessen und die daraus folgenden Konflikte ausgetragen werden sollen. Gleichzeitig sorgt ein Parlament dafür, die bestehenden Verhältnisse zu schützen, da es selbst zu den bestehenden Verhältnissen mit seinen Machtansprüchen zählt. Systemverändernde Interessen werden schon strukturell aus den Austragungsorten und Entscheidungszentren herausgehalten, mit der Folge, dass sie politisch irrelevant gemacht werden. Zusätzlich kann das Repräsentationsproblem zwischen Bevölkerung und Parlament ebenso zwischen dem Parlament und der Regierung auftreten, was zu weiteren Widersprüchen innerhalb des Systems führt. Das Parlament übernimmt gegenüber der Wählerschaft ähnliche Funktionen, wie die Regierung gegenüber dem Parlament. Die Regierung ist die Repräsentation unserer Repräsentation. Der Widerspruch innerhalb der Repräsentation wird also noch potenziert. Wir erleben eine doppelte Abgrenzung der Wählerschaft von

politischen und gesellschaftlichen Entscheidungszentren.

Innerhalb der Staatsstruktur bestehen also Widersprüche ebenso wie in der Gesellschaftsstruktur. Das wiederum führt zu Widersprüchen zwischen den beiden Strukturen. Zunächst möchte ich kurz auf den Widerspruch innerhalb der Sozialstruktur eingehen.

Ich behaupte, dass die heutige Sozialstruktur sich in zwei Teile aufspaltet: Auf der einen Seite steht die Gruppe der Menschen, die die Macht über die Produktionsmittel haben, die sogenannten Arbeitgeberinnen, auf der anderen Seite stehen diejenigen, die von diesen Produktionsmitteln abhängig sind, die lohnabhängigen Arbeitnehmerinnen. In einer kapitalistisch organisierten Gesellschaft besteht die Basis des sozioökonomischen Konflikts im Widerspruch zwischen der Besitzenden und den Besitzlosen, genauer zwischen denen, die Kapital und damit Produktionsmittel besitzen einerseits, und denen, die nichts als ihre Arbeitskraft besitzen andererseits.

Die repräsentative Demokratie legitimiert die politische Macht durch das allgemeine Wahlrecht. Das wiederum basiert auf der Annahme, dass alle

Menschen, die in der Republik leben, gleich sind. Zusätzlich wird damit gerechnet, dass die widerstreitenden Interessen einer Gesellschaft in dieser Struktur einen Austragungsort und somit einen Kompromiss finden können, da sie alle im Gemeinwohl vereinbar seien. In der heutigen Sozialstruktur sind die Menschen aber nicht gleichberechtigt. Sie teilen sich in zwei Klassen auf, wie im Vorigen beschrieben.

Die Annahme, jede Bürgerinnen habe durch ihre Wahlberechtigung das gleiche Maß an politischer Einflussnahme vernachlässigt, dass in Deutschland mehr als drei Viertel aller Staatsbürgerinnen von der Macht über die Produktionsmittel ausgeschlossen sind. Diese Teile der Bevölkerung haben daraus folgend weniger Möglichkeiten, die politische Macht zu erlangen, als jene Minderheit, die die wirtschaftlichen Machtpositionen innehat. Manche sprechen hier von der Politikverdrossenheit der Massen.

Wie wird die Beteiligung der Bevölkerung versucht gering zu halten?

Wir können beobachten, dass die Minderheit der Arbeitgeber mit größerem Erfolg danach strebt, die Kommunikationsmittel und Wissensverbreitung der Gesellschaft unter ihre direkte oder indirekte Kontrolle zu bringen. Als Beispiel lässt sich hier die Bertelsmann-Stiftung nennen, die immer größer werdenden Einfluss auf das deutsche Bildungssystem nimmt, unter anderem durch das „Centrum für Hochschulentwicklung“ (CHE). Dadurch wird es der Gruppe der Abhängigen erschwert, ihre Interessen öffentlich zu artiku-

lieren, oder sie gar zu erkennen.

Zusätzlich werden Mechanismen genutzt, um die kapitalistisch organisierte Ökonomiestruktur zu sichern und zu stabilisieren, das heißt die Arbeiterinnen in dem Zustand der Abhängigkeit zu halten. Dieses Problem löst die Probleme der repräsentativen Demokratie unter anderem mit folgenden Mitteln:

a) Die Menschen in abhängigen Berufsverhältnissen werden zu einem pluralisierten System von Berufskategorien aufgelöst. Das Verständnis von einer gemeinsamen Idee und wohlmöglich einem gemeinsamen Ziel wird dadurch verschleiert. Wir können diese Verschleierung an den verschiedenen Protesten und Streikbewegungen sehen, die doch für das eine kämpfen, nämlich bessere Arbeitsbedingungen und somit auch bessere Lebensbedingungen. Jede Berufskategorie, seien es nun die Lokführerinnen, Pilotinnen oder Hebammen, streikt und protestiert für sich und die speziell erscheinenden Ziele. Zusätzlich werden die Tarifverhandlungen, die wir in allen Berufskategorien finden können, institutionalisiert. Nun streiten die Eliten, also die Gewerkschaftsfunktionäre und die Arbeitgeberinnen, wieder unter sich. Die Abhängige wird aus den Verhandlungen herausgehalten, sie wird von den Entscheidungszentren weiterhin herausgehalten.

b) Eine Parteienpluralität wird formulierte. Verschiedene Parteien sollen um den Machtanteil konkurrieren, die einzelnen Parteien gleichen sich dabei aber weitgehend an. Sie werden zur allgemeinen Ausgleichsstelle, in dem sie darauf verzichten,

gruppengebundene Interessen offenkundig zu vertreten. Die heutigen Parteien sind keine interessengebundene „Klassenparteien“, sondern selbsternannte „Volksparteien“, die sich an einem oft gar nicht feststellbaren Gemeinwohl orientieren und von einer konstruierten und streng exklusiven Grundmasse ausgehen. Jeder Bürger soll sich so in dieser Partei vertreten fühlen können. Strukturell werden also die Gruppen in einer Bevölkerung ausgeschlossen, die an der Veränderung der Struktur interessiert sind. Vielleicht wären „Klassenparteien“ fähiger, die Interessen der widersprüchlichen Klassengesellschaft zu artikulieren und integrieren.

Die Identifizierung mit einer der Parteien ist fiktive, da sie stark davon abhängt, wer über Mittel verfügt, sich stärker in der Öffentlichkeit zu präsentieren. Die Parteien fungieren als Instrumente der Willensbildung. Sie sind aber nicht in der Hand der Abhängigen, sondern werden von einem elitären Parteienapparat beherrscht.⁴

c) Die so „verstaatlichten“ Parteien erhalten eine neuartige gesellschaftliche Qualität, die mit ihrem eigenen Machtinteresse verbunden ist. Denn nur die bestehenden Verhältnisse garantieren ihnen den Erhalt der gewonnenen Macht. Sie sind also an der Aufrechterhaltung der bestehenden Verhältnisse interessiert, da diese mit der eigenen Machtlage verbunden sind.

d) Zuletzt wird durch die aufgeführten Mittel der bestehende Konflikt in der kapitalistischen Gesellschaft politisch irrelevant gemacht. Die Probleme des Einzel-

nen werden personalisiert, dadurch erscheinen die Interessenskonflikte pluralistisch und persönlich. Sie lassen sich nun einfacher staatlich kontrollieren und befrieden.

In den letzten Jahren hat sich zunehmend eine Trennung zwischen dem System Politik und der Gesellschaft herausgebildet. Der Begriff Politik wird von der Vorstellung geprägt, es sei ein abgeschlossenes System, das in sich funktioniert. Wir benutzen den Begriff im Sprachgebrauch, ohne darüber nachzudenken, dass die Politik mit den Verhältnissen, die herrschen, unmittelbar verbunden ist. Durch die Abgrenzung spiegelt sich der Widerspruch in der Gesellschaft nicht in der Repräsentation wieder.

„Wer nicht untergeht, obwohl andere für ihn planen, könnte die Zügel ebenso gut gleich selbst in die Hand nehmen.“ (Dietmar Dath)⁵

Ich habe die Schwachstellen der sogenannten repräsentativen Demokratie aufgezeigt. Diese Schwachstellen äußern sich im Laufe der Geschichte des Kapitalismus immer wieder und treten zu Tage. Manche Verteidiger mögen anmerken, dass die Entwicklung des Kapitalismus und der Demokratie eine gemeinsame Geschichte haben. Um diese Frage zu klären bedarf es einer genaueren historischen Analyse. Doch lassen sich die Schwachstellen in der heutigen Lage der kapitalistischen Gesellschaft enttarnen und aufdecken. Die verschiedenen Faktoren, um die Klasse der Abhängigen in der Abhängigkeit zu halten, habe ich angeführt. In verschiedenen Formen treten sie heute auf.

Das kapitalistische System befindet sich in einer der großen Krisen seiner Geschichte und doch gelingt es den

Machthabenden weiter mehr oder weniger, dieses System zu verteidigen. Es kommt nun also so, dass die Massen der Abhängigen mindestens passiv dieser repräsentativen Demokratie zustimmen. Zu erklären, dass sie von denen manipuliert werden, die die Produktionsmittel innehalten und somit auch über Macht über die Kommunikationsmittel verfügen, reicht nicht aus. Es ist ein Zusammenspiel der im Vorherigen genannten Faktoren, gleichzeitig mit Konstruktion einer Beteiligung der Bevölkerung.

Schon im Jahre 1922 gab Pareto Mussolini den Rat, das Parlament in gewandelter Form weiter bestehen zu lassen um die eigene Macht zu stabilisieren. Die Verlegung der Entscheidungszentren in kleine Kreise von „Eliten“ mit dem fortlaufend bestehenden Parlament vermittelt den Bürgerinnen, dass sie auf die Entscheidungen einwirken können.⁶ Das parlamentarische Repräsentationsprinzip ist also ein wirksames Mittel den größten Teil der Bevölkerung von den Machtzentren des Staates und somit der Gesellschaft fernzuhalten, anstatt sie wirklich daran zu beteiligen.

Doch bleibt festzustellen, dass allein eine Struktur, die die Herrschaft in der Gesellschaft auch im Politischen widerspiegelt, interessant und annehmbar für eine bürgerliche kapitalistische Gesellschaft ist. Die Parlamentsform dient also nicht der Beteiligung der Wählenden, sondern nur der Steigerung der Herrschaftsfunktionalität. Doch nicht der Machtwille der Politiker oder die scheinbare Desinteresse der Bevölkerung an

politischen Geschehen sind die Ursachen für die immer stärker werdende Aushöhlung der parlamentarischen Demokratie: *„Diese ist vielmehr notwendig für einen Kapitalismus, der sich zum Versuch eigener Rettung staatlich organisiert.“⁷*

Trotz der vielen Schwachstellen der repräsentativen Demokratie und der kapitalistisch organisierten Ökonomie, wird genau dieses Geflecht der beiden Strukturen heute als nahezu alternativlos dargestellt. Alle Staaten, die sich als Gegner des modernen, „westlichen“ Kapitalismus verstanden haben, sind entweder gescheitert oder haben sich angepasst. Nüchtern könnte man sagen, dass der Kapitalismus aber nicht gesiegt hat, sondern schlicht übrig geblieben ist.

Doch lediglich die Forderung nach mehr Mitbestimmung stellt den Kapitalismus nicht grundsätzlich in Frage. Auch wenn sich mehr Mitbestimmung systemimmanent durchsetzen ließe, würden diese Bestrebungen heute wahrscheinlich an der sogenannten Sachzwangargumentation scheitern. Zum Beispiel, dass höhere Unternehmensbesteuerung Arbeitsplätze gefährde und den sogenannten „Wirtschaftsstandort Deutschland“ unattraktiv für Investoren mache. Solche Sachzwänge sind funktional für ein Herrschaftssystem.

Die Forderungen müssen also weiter gehen, wenn die Fordernden nicht unter dem Deckmantel der „Demokratisierung“ selber zu Bedienten des unvermeidlich scheinenden Sachzwangs werden sollen. Gleichzeitig mit der Forderung nach mehr Mitbestimmung müssen die Struk-

turen, die solche Zwänge erzeugen, aufgebrochen werden. So kann unter den gegebenen Umständen die alleinige Forderung, bedrohte Arbeitsplätze zu erhalten, zu einem hohen Preis für die Lohnabhängigen führen, die sich untereinander Konkurrenz machen, ohne an den Ursachen der Misere zu rühren.

„Das Ziel lautet vielmehr: Neuverteilung der Arbeit, Senkung der Arbeitszeiten, faire Verteilung unangenehmer Tätigkeiten, ökonomische Absicherung für alle.“ (Raul Zelik/Elmar Altvater)⁹

Dieses Ziel lässt sich nur auf einem demokratischen Weg unter Einbeziehung aller Interessen einer Gesellschaft verwirklichen. Doch auch eine als „links“ wahrgenommene Regierung, wenn sie gewählt werden würde, wäre gezwungen, die eingeschlagene Politik im kapitalistischen System fortzusetzen. Mehr „Demokratie“ könnte also bedeuten, dass die Menschen stärker direkt in den Herrschaftszusammenhang eingebunden werden würden.

Wer also für Demokratie streitet, muss auf für die Überwindung des Kapitalismus streiten. Die aufgezählten Widersprüche spitzen sich in der momentanen Krisensituation weiter zu. Zu Gunsten der herrschenden Wirtschaftsordnung wird rigoros bei der besitzlosen Bevölkerung zusammen gekürzt – Renten, (Hoch-) Schulen, Theater, Museen Der Klassenantagonismus tritt deutlich

Das Regieren in der Krise zeigt, wie das Regieren des Kapitalismus in der Krise steckt.

zu Tage.

Die Politik der Herrschenden, die nun in ganz Europa den Fiskalpakt – das heißt, die Kürzungen bei den Besitzlosen und die Schonung der Besitzenden – durch drückt, ist ein Paradebeispiel für die im Vorigen aufgezählten Widersprüche. Da können wir nicht weiter (nur) an den Staat appellieren, beispielsweise mit der Forderung die Reichensteuer einzuführen, sondern wir sollten vielmehr die Geschicke selbst in die Hand nehmen. An der Uni bedeutet das für eine demokratisch strukturierte Hochschule zu kämpfen, die unmittelbar Einfluss auf die demokratische Verfasstheit der Gesellschaft hat, da die Hochschule Teil der Gesellschaft ist.

Die Forderung nach Demokratisierung setzt aber, wie wir sehen können, an einem Interessengegensatz an. Es ist ein Irrtum zu glauben, dass sie mit dem Kapitalinteresse vereinbar sei.

Es gibt also zwei Komponenten, für die wir streiten: Aufklärung der Herrschaftsfunktionalität der Scheinbeteiligung und Eintreten für die demokratische Verfasstheit der Hochschule und somit der Gesellschaft.

Dafür gibt es keinen Revolutionsfahrplan, keine eindeutige Strategie, nach der verfahren werden könnte, um die bestehenden Verhältnisse zu verändern. Dadurch entsteht bei der Bevölkerung häufig ein Ohnmachtsgefühl gegenüber den Mächtigen. Der Vorwurf, nicht alles nur negieren zu können, sondern auch Lösungen und Utopien formulieren zu müssen, wird häufig artikuliert.

„Doch es geht nicht nur darum, ein Ziel anzustreben, eine schöne Idee zu haben oder eine Utopie zu entwerfen, sondern auch darum, das in einer Gesellschaft Vorhandene aufzugreifen und sich analytisch und praktisch anzueignen“.⁹

Es muss den Bürgerinnen, die nach einer anderen Gesellschaft streben, bewusst werden und bleiben, dass aus dem Nichts heraus ein anderes Gesellschaftssystem nicht entstehen kann.

„Der Kommunismus ist für uns nicht ein Zustand, der hergestellt werden soll, ein Ideal, wonach die Wirklichkeit sich zu richten haben wird. Wir nennen Kommunismus die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt. Die Bedingungen dieser Bewegung ergeben sich aus der jetzt bestehenden Voraussetzung.“ (Karl Marx)¹⁰

1 Dietmar Dath: Maschinenwinter. Wissen, Technik, Sozialismus. Eine Streitschrift., Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2008, S. 59.
2 Dolf Sternberger: Grund und Abgrund der Macht, Frankfurt am Main: Büchergilde Guteberg, 1964, S.181
3 Wilfried Gottschalch: Parlamentarismus und Räte Demokratie, Berlin: Verlag Klaus Wagenbach, 1968, S.14
4 Vgl. Jürgen Habermas in: Student und Politik, Berlin: Neuwied, 1961, S.31
5 Dietmar Dath: a.a.O., S. 58.
6 Vgl.: Johannes Agnoli: Der Staat des Kapitals und weitere Schriften zur Kritik der Politik, Freiburg i.Br: Ca ira-Verlag, 1995, S. 230.
7 Ebd., S.235.
8 Raul Zelik / Elmar Altvater: Vermessung der Utopie, S. 156.
9 Ebd., S.147.
10 Karl Marx: Die deutsche Ideologie, MEW 3, Berlin/DDR: Diets Verlag, 1956, S. 35.

Ein Beispiel für undemokratische Verhältnisse

Die Planung der universitären Entwicklung (STEP)

Maßgeblich für die Gestaltung der Universität Hamburg (UHH) und deren Entwicklung ist ein Strukturentwicklungsplan (STEP).

Er gibt zukünftige Ziele und die zur Erreichung nötigen Maßnahmen vor. Entwickelt und verhandelt wird er zwar durch verschiedene universitäre Gremien, verabschiedet aber von dem Hochschulrat, dem höchsten Gremium der Uni. Die Mitglieder dieses Gremiums setzen sich aus Gewählten des Akademischen Senats (wo eine professorale Mehrheit besteht) und Entsandten des Hamburgischen Senats zusammen. Der Vorgang der Entwicklung von einem STEP ist eine Mischung aus Autonomie und zentralistischen Vorgaben. Die durchs Hamburgische Hochschulgesetz zugesicherte Hochschulautonomie wird durch verschiedene staatliche Planungen und damit verbundenen Vorgaben begrenzt. Auch inneruniversitär gibt es zentrale Planungsvorgaben, in dessen Spielräumen die Fakultäten

konzeptionieren dürfen. Insbesondere die Allmacht des Hochschulrats zeigt das basisdemokratische Defizit. Durch dessen Zusammensetzung sind bedeutende Mitgliedergruppen an der Uni, wie Studierende, wissenschaftliche Mitarbeiter*Innen oder Vertreter*Innen des Technik- und Verwaltungsapparats, nicht involviert. Fraglich bleibt, wie dadurch ein gemeinsam entwickeltes Interesse realisiert werden kann.

Am 30. Juli 2009 verabschiedete der Hochschulrat den aktuell gültigen STEP 2012. Zentraler Zeitraum sind die vier Jahre, 2009 bis 2012, jedoch wird er „*kontinuierlich auch über 2012 hinaus fortgeschrieben*“^{ca}. Anders formuliert: Es wird einen neuen, aufbauenden STEP geben. Dadurch ist der Inhalt zum Einen interessant, da die vier Jahre sich dem Ende nähern und eine Evaluation möglich ist und zum Andern, da dort festgeschriebene Ziele uns eventuell weiterhin erhalten bleiben. Ein weiterer Faktor, der eine Auseinandersetzung mit dem STEP 2012 aktuell

interessant erscheinen lässt, ist die angekündigte Ausarbeitung neuer „Leitlinien für die Entwicklung der Hamburger Hochschulen“ durch die Hamburgische Bürgerschaft. Als Teil der staatlichen Planungsvorgaben waren für den STEP 2012 die Leitlinien aus dem Jahr 2003² zentral. Veränderte Leitlinien würden sich durch die zentralistische Struktur auf den Inhalt eines zukünftigen STEPs auswirken.

Insbesondere die Allmacht des Hochschulrats zeigt das basisdemokratische Defizit.

Wie sind die vorgegebenen Leitlinien und der STEP 2012 inhaltlich zu werten? Die Leitlinien aus dem Jahr 2003, entwickelt durch eine von CDU, FDP und Schill-Partei dominierte Bürgerschaft, hatten eine Wissenschaftsentwicklung im Fokus, die den Anforderungen der Wirtschaft und deren Vorstellung eines Arbeitsmarktes gerecht werden sollte. Die Zielsetzung der Bologna-Reformen, die Förderung von „*arbeitsmarktre-*

„Alle Mitgliedergruppen der Univer-

levanten Qualifikationen [...] ebenso wie die internationale Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Hochschulsystems“³, wurde auch in Hamburg eine Vorgabe, die sich massiv auf die Entwicklung von Forschung und Lehre auswirken sollte. Als Beispiel dient hier der Umgang mit der ehemaligen Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP). Durch ihre Eingliederung in die Universität Hamburg (UHH) litt sie unter zwei forcierten Veränderungen. Schon 2003 wurde die geplante Strukturveränderung der HWP in den Leitlinien vorgegeben: *„besondere Anforderungen der Hamburger Wirtschaft [sollten zu] berücksichtigen“ sein, „unabdingbar für Wettbewerbsfähigkeit und Exzellenz ist es, Kompetenzen und Ressourcen in wenigen ausgewählten Forschungsschwerpunkten zu konzentrieren“*, die Wirtschaftswissenschaften BWL und VWL der UHH hatten sich auf diesen Feldern bereits „erfolgreich und beispielgebend“ hervorgetan.⁴

Die Folge war eine Verschiebung der Schwerpunktsetzung hinzu BWL und zu Lasten von Soziologie und Arbeitsrecht⁵. Die besondere interdisziplinäre Orientierung der Sozialökonomie, die eine kritische Auseinandersetzung im Sinne hatte, wurde faktisch unterbunden.

Die zweite Forcierung durch Leitlinie und STEP 2012 betraf die Sektionsbildung. Inhalt derer war die Bündelung verschiedener Fachbereiche in Fakultäten, eine Entwicklung, die zentralistische und undemokratische Strukturen erzeugte. Den Fachbereichen wurden selbstverwaltende

Kompetenzen zu Gunsten der Fakultätsebene entzogen. Auch hier ist die Ex-HWP ein negatives Beispiel. Die Eingliederung in die UHH fand als neuer Fachbereich statt, was zur Folge hatte, dass eine eigenständige Schwerpunktsetzung und administrative Verwaltung nicht möglich war und nachwievor nicht möglich ist. Die Abhängigkeit gegenüber der Fakultät zeigte sich insbesondere bei der Besetzung der Professurstellen, kritische Stellen in VWL wurden nicht neubesetzt und die Veränderung des Professor*Innen-Schlüssels spiegelt die durch Politik gewollte Wirtschaftsorientierung wieder. Mit demokratischen Entscheidungen des Fachbereichs hat diese Entwicklung nichts zu tun, wie anhaltende Proteste seitens der Studierenden und anderer Mitgliedergruppen zeigen.

Das durch die Leitlinien der Politik und den STEP 2012 geprägte Jahrzehnt hat gezeigt, welche Bedeutung in einer demokratischen Willensbildung bezüglich der Zielvorstellungen liegt und welchen Stellenwert dieser Wille gegenüber denen haben muss, die die maßgeblichen Entscheidungen für die Zukunft treffen. Alle Mitgliedergruppen der Universität, seien es die Professor*Innen, der Mittelbau, die Verwaltung oder die Studierenden, müssen gleichberechtigt in diesen Prozess eingebunden werden. Gegenüber dieser Politik gilt es sich zu emanzipieren, die Beschneidung der Autonomie durch die politischen Leitlinien sollte nicht hingenommen werden, vernünftige und realistische Leitlinien lassen sich nur für selbsternannte Ziele benennen. Dies muss jedoch auf allen Ebenen stattfinden, ein inneruniversitärer Zentralismus fördert

werden.“

die Abhängigkeit von oben und begünstigt damit das interdisziplinäre Konkurrenzverhalten zwischen den Fakultäten bzw. den Fachbereichen. Herausgehend aus der Erkenntnis, dass Forschung und Lehre nicht abhängig sein darf von Sachzwängen, kann nur jeder Bereich für sich selber die eigenen Ziele und Schwerpunkte mit dem dafür nötigen Bedarf benennen. Eine Einmischung von außen ist hier nicht förderlich, sondern vielmehr eine gleichberechtigte demokratische Struktur innerhalb der Bereiche, in der alle Mitgliedergruppen involviert sind.

Aufgrund der unbefriedigenden Signale seitens des Hamburgischen Senats und der mangelnden Bereitschaft, Bildung nach Bedarf zu finanzieren und nicht nach künstlich aufgebauten Sachzwängen, entwickelte sich innerhalb des Akademischen Senats der UHH das Vorhaben, die Autonomie in gewisser Weise zurück zu erlangen. Leitlinien, die ihrem ideellen Anspruch gerecht werden, sollten aus der Universität heraus entwickelt werden. Daher hat der Akademische Senat im Kontakt zu den Fakultäten „Eckpunkte für Leitlinien der Universität Hamburg“⁶ entwickelt, welche als Forderung an die Senatorin für Wissenschaft und Forschung, Dr. Dorothee Stapelfeldt (SPD), überreicht wurden.

Zusammenfassend sei gesagt, dass die Erfahrungen mit den bisher forcierten Entwicklungen gezeigt haben, dass es für zukünftige Leitlinien und STEPs unabdingbar ist, grundlegende Aspekte für eine Hochschulentwicklung einzufordern. Anstatt der gewollten Ausbildung von Konkurrenzfähigkeiten gilt es, Wissenschaft als kooperatives Feld

zu sehen, in dem zum Einen in den Fächern in kooperierender Weise geforscht und gelehrt wird, und zum Anderen die Universität eine kooperierende Verantwortung gegenüber der Gesellschaft einnimmt. Ziel darf nicht nur sein, „bestehende Gegebenheiten nachzuvollziehen“, sondern auch „*Perspektiven [zu eröffnen] für gestaltendes Eingreifen in gesellschaftliche Entwicklungen*“⁷. Anknüpfend an die Logik, dass Ziele und Schwerpunkte nicht von außen bestimmt werden dürfen, darf die Wahl der Forschungsthemen auch nicht vorgegeben sein. Nur so ist eine erkenntnisorientierte Forschung möglich, die zugleich bestehenden Wissensstand reflektiert, und eine thematische Offenheit garantiert.

Forschung und Lehre dürfen nicht getrennt vonstattengehen, eine Trennung spricht gegen alle Ideale. Erkenntnisse aus der Forschung müssen über die Lehre in die Gesellschaft transferiert werden, zu beforschende Fragen der Gesellschaft können andersherum besonders so ihren Weg in die Universität finden. Lehre sollte in dem Sinne verstanden werden, dass das Ziel die „Bildung mündiger Menschen“⁸ ist. Dies beinhaltet kritische Verantwortung gegenüber der Gesellschaft und die wissenschaftliche Qualifikation für die Anforderungen gesellschaftlicher Arbeit, jedoch kann dies nur in dieser Reihenfolge geschehen. Mündige Menschen bereichern die Gesellschaft, nicht nach wirtschaftlichen Vorstellungen ausgebildete Menschen.

Das angestrebte Konzept der 2003er Leitlinien ist gescheitert, eine Entdemokratisierung und Orientierung zur Wirtschaft hin fördert keine Bildung, deren Nutzen bei der Gesell-

schaft liegt. Die Hochschule als „Unternehmen“ fördert keine Lösung aktueller Fragen und Probleme. Eine kapitalistisch vereinnahmte Hochschule kann keine Antworten auf die Zersetzung der Gesellschaft durch den Kapitalismus liefern, sie ist Teil des Problems. Solange versucht wird, die Hochschule durch vermeintliche Sparzwänge in ihrer emanzipatorischen Entwicklung zu unterbinden, gilt es, die Geschicke selbst in die Hand zu nehmen. Das Beispiel der Entwicklung hochschuleigener Vorstellungen von Leitlinien auf demokratischere Weise, von unten, den Fakultätsräten, nach oben, zum Akademischen Senat, zeigt, dass dies möglich ist. Es gibt ein gemeinsames Interesse an der Universität, sowohl Politik, als auch zentrale Verantwortlichkeiten innerhalb der Universität müssen diese grundlegende Einsicht gewinnen.

Die Krise ist der Kapitalismus, daher sollten wir gemeinsam dafür wirken, kapitalistische Verhältnisse inner- und außerhalb der Universität zu beseitigen.

1 STEP 2012, S. 3: <http://tinyurl.com/bwg-leye>

2 Leitlinien 2003: <http://tinyurl.com/bmt-mym2>

3 „Der europäische Hochschulraum“ 1999, S.

4. <http://tinyurl.com/cwgol4x>

4 S. 13 der Leitlinien 2003, S. 13.

5 Vgl. „Uni demontiert Reformstudium“:

<http://www.taz.de/!45735/>

in: die tageszeitung

6 Vgl.: Protokoll der Akademischen Senats

vom 30.08.2012, Anlage Nr. 4.

<http://tinyurl.com/btkr26e>

7 Beide Zitate: vgl.: Beschluss des AS:

<http://tinyurl.com/cf9czxb>

8 Vgl.: Leitbild UHH: <http://tinyurl.com/c5222d9>

„Forschung
getrennt
vonstattengehen
eine Trennung
spricht gegen
alle Ideale.“

In unserer neoliberalen Gesellschaft sollen Menschen jeglichen Geschlechtes gleich sein.¹ Daran ändert auch die Krise nichts. Wir sind alle gleich betroffen von Kürzungen, vermehrter Arbeitslosigkeit und dem Abbau der Sozialleistungen. Oder? Ein kritischer Blick genügt, um festzustellen: Gleichheit existiert ausschließlich auf dem Papier. Vor der Krise, wie auch jetzt!

Zuerst ein kurzer Blick in die Vergangenheit: Bis in die 70er Jahre galt die heteronormative Kleinfamilie als gegeben. Der Mann kam für den Familienunterhalt auf und der Frau wurde Hausarbeit und Kindererziehung zugeschrieben.

Davon hat sich die neoliberale Vorstellung gelöst. Zu unpraktisch und sperrig sind die festen Familienstrukturen. Schnell und flexibel müssen die heutigen Arbeitnehmer*Innen sein, damit sie „wettbewerbsfähig“ bleiben.²

Und auch Frauen sollen in den Arbeitsmarkt integriert werden. Besonders die vergeschlechtlichten soft skills, wie Teamfähigkeit und Einfühlungsvermögen, sind gefragt.³

Doch wer kümmert sich nun um die Familie?

Und genau hier wird die Problematik deutlich. Frauen werden in den Arbeitsmarkt integriert, aber das Feld der Haushaltsarbeit und Pflege wird ihnen weiterhin zugeschrieben. Sie tragen eine Doppelbelastung und werden zudem im Schnitt auch noch schlechter bezahlt als Männer.⁴ Ende 2006 lag Deutschland sogar EU-weit auf dem letzten Platz mit einem Einkommensunterschied von 26%.⁵

In Zeiten der Krise wird diese Mehrfachbelastung noch weiter ausgereizt. Der Staat reprivatisiert Kinder- und Altersbetreuung und dieses fällt zumeist auf die Frau zurück. Dann wird vielleicht noch das Gehalt gekürzt und so ist die Putzkraft nicht mehr bezahlbar, so dass weitere Tä-

tigkeiten im Haushalt erledigt werden müssen.⁶

Hinzu kommt, dass typische Frauenerbeitsplätze besonders gefährdet sind. Frauen sind oftmals in Mini- und Teilzeitjobs tätig und diese werden zuerst „weg rationalisiert“.⁷

Außerdem sind typische Tätigkeitsfelder für Frauen, wie der Einzelhandel oder Pflegeberufe, stark von der Krise oder staatlichen Kürzungen betroffen.⁸ Besonders im sozialen und kulturellen Bereich wird mit dem Argument der Schuldenbremse ein Sachzwang geschaffen, der Kürzungen erzwingt.

Thematisiert wird hingegen die Gefährdung von männlichen Arbeitsplätzen. In medialen Darstellungen geht es meist um Industriearbeiter, die ihren Job verlieren oder deren Lohn gekürzt wird. Dass es mittlerweile Normalzustand ist, dass in einer Kindergartengruppe 25 Kinder auf zwei Erzieherinnen kommen und diese auch noch besondere Förderprogramme mit den Kindern durchlaufen sollen, bleibt weitestgehend unbekannt.⁹

Und auch der Staat konzentriert sich mit all seinen Krisenrettungspaketen und Konjunkturprogrammen auf männliche Tätigkeitsfelder, während im Bildungs- und Pflegebereich gekürzt wird und immer mehr Sozialleistungen wegfallen.¹⁰

Somit wird die Situation der Frauen durch die Eingriffe des Staates nur noch weiter verschlechtert.

Die Ursachen für die zunehmende Prekarisierung* der Position der Frau sind vielfältig und weitgreifend.

So wird die Problematik der Mehrfachbelastung für Frauen thematisiert. Höchstens als Frage, wie Familie und Beruf vereinbar sind, findet dieses Thema einen Weg in die öffentliche Debatte, doch bleibt meist oberflächlich diskutiert.¹¹

Auch aus der Politik kommen wenig Lösungsansätze. Der Ausbau und die Förderung von Kitas und Nachmittagsbetreuungsprogrammen geht nur schleppend voran und nun soll es ein Betreuungsgeld geben.¹²

Nach dem Gesetzentwurf erhalten Eltern, die mit ihren Kindern zu Hause bleiben eine Aufwandsentschädigung. Dies soll einen Kindergartenplatz ersetzen und bietet für den Staat eine Entschuldigung den Ausbau von Kindergärten weiterhin zu vernachlässigen.

Gesellschaftlich wird die Verantwortung der Erziehung der Kinder immer noch in den Bereich der Frau eingeordnet. Zu oft wird nicht hinterfragt, wer zu Hause bleibt oder auf Teilzeitarbeit umsteigt, weil die Antwort schon lange feststeht.¹³

Die Argumentation wird weiter begünstigt, da Frauen, öfter als Männer, in prekären Beschäftigungsverhältnissen sind.¹⁴

Auch nehmen typische Frauenberufe einen geringen Stellenwert in unserer Gesellschaft ein.¹⁵ Es ist uns nicht so wichtig, dass sich um Kinder

und ältere Menschen gut gekümmert wird. Oder dass unser Bildungssystem verbessert wird, anstatt eine weitere Bank zu retten. Die Beispiele zeigen, was gesellschaftlich als Norm und alternativlos gilt. Denn entweder empfinden wir es als gut und richtig, wie sich die Welt um uns herum entwickelt oder wir sehen keinen anderen Ausweg, denn sonst wären Menschen auf der Straße und würden sich wehren.

Warum dies so ist, hat zwei Dimensionen.

Der Staat, der die oben genannten Entscheidungen trifft, ist männlich dominiert. In Legislative, Exekutive und Judikative sind typische Männerberufe verankert. Zum Beispiel sind nur 32, 9% der Mitglieder im Bundestag Frauen.¹⁶ Gesetzesentwürfe, Abstimmungen oder Debatten sind von männlichen Ansichten geprägt und so wundert es kaum noch, dass der Einkommensunterschied von Männern und Frauen immer noch staatlich geduldet wird. Neben dem Staat spielt die Wirtschaft eine wichtige Rolle in unserem Wertesystem und Alltagsentscheidungen.¹⁷ Auch hier sind männliche Akteure zumeist männlich. Das Bei-

spiel der DAX-Unternehmen zeigt, dass im Idealfall höchstens 29% der Führungspositionen weiblich besetzt sind.¹⁸

Hieraus geht deutlich hervor, dass die zwei großen Instanzen, die die Meinungen unserer Gesellschaft steuern und leiten, nämlich der Staat und die Eigentümer der Produktionsmittel (Wirtschaft), größtenteils männlich besetzt sind. So reproduzieren und bestätigen sich die Ansichten des Patriarchats und werden zum gesellschaftlichen Konsens gemacht.¹⁹

Die immer fortwährende Selbstbestätigung des Gegebenen führt, nicht nur aus feministischer Sicht, in eine Sackgasse. Hier muss die Krise als Chance wahrgenommen werden.

Es muss gebrochen werden mit einer Kultur, die auf Exklusivitäten begründet ist. Ziel darf es jedoch nicht sein, die männlich besetzten Positionen mit Frauen aufzufüllen, sondern eine andere Kultur, eine andere Prioritätensetzung zu schaffen.

Weg von der Vorstellung möglichst viel zu konsumieren, kann eine Gesellschaft geschaffen werden, die auf ein Miteinander und aufeinander Achten aufgebaut ist.

Nicht nur Geschlechtergrenzen, auch Rassismus und andere Diskriminierungen, können in einem gemeinsamen Diskurs aufgezeigt und abgebaut werden. Thematiken könnten auf die Alltagsproblematiken aller runter gebrochen und Besitz belebt werden. Die*der Einzelne wäre wieder in gesellschaftliche Debatten miteinbezogen.

Dies wäre eine Unmöglichkeit in unserem heutigen Wirtschafts- und Politiksystem. Denn zur Zeit ist es traurige Wirklichkeit, dass wir nicht mitreden sollen und dass die Politik dem Credo der Wirtschaft, immer steigenden Konsums, zuspielt.

Doch dieses Credo steckt nun in der Krise! Es ist Zeit etwas Neues zu schaffen!!!

* Prekariat:

Prekariat ist ein soziologischer Begriff für eine inhomogene soziale Gruppierung, die durch Unsicherheiten der Erwerbstätigkeiten gekennzeichnet ist. Dadurch können Lebensverhältnisse schwierig sein, bedroht werden oder zum sozialen Abstieg führen. Prekariat ist ein neues Wort, das als Substantiv vom Adjektiv prekär abgeleitet ist. Das Adjektiv hat die Bedeutung unsicher, weil widerruflich.²⁰

1 Vgl. Art. 3 GG

2 www.perspektiven-online.at/2010/01/20/welche-wirtschaft-wessen-krise

3 Vgl. Jan Deck/ Sarah Dellmann/ Naniel Loik/ Johanna Müller (Hsg.) „Geschlechterspezifische Sozialisation: Arbeit, Geschlecht, Gouvernementalität“

4 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Gender Report. 5.10 Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Pflegeaufgaben in der Familie: <http://tinyurl.com/cyhvn2n>; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Studie belegt Lohnlücke zwischen Frauen und Männern in Höhe von 23 Prozent, 25.10.2010: <http://tinyurl.com/cff9p2v>

5 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Gender Pay Gap neu auf der Agenda, Di 19.12.2006: <http://tinyurl.com/ccyab3s>

6 Die Linke. Landkreis Osterholz: Kürzung der Löhne und Sozialleistungen soll Programm werden, 22. Juni 2012: <http://tinyurl.com/ccvqwf>

7 Vgl. DGB Vorstand/ Ingrid Sehrbrock (Hsg.) „Prekäre Beschäftigung. Wie auf dem Rücken der Frau der Arbeitsmarkt dereguliert wird.“

8 WirtschaftsWoche: Karstadt, Neckermann, Schlecker. Einzelhandel mutiert zur Krisenbranche, 18.07.2012: <http://tinyurl.com/bn7cxae>

9 <http://www.gew-sachsenanhalt.net/index.php?menuid=32&reporeid=255>

10 Vgl. Scheel, Alexandra „Hat die Wirtschaft ein Geschlecht?“

11 Vgl. Katharina Hajek/Benjamin Opratko: Welche Wirtschaft, wessen Krise? In: Perspektiven. Magazin für Theorie und Praxis. Nr. 9, 20.01.2010, URL: <http://tinyurl.com/d7fu2j7>

12 Süddeutsche Zeitung Gesetzentwurf zum Betreuungsgeld. Kosten könnten 2014 auf 1,2 Milliarden Euro steigen, 29.05.2012. URL: <http://tinyurl.com/d289yaz>

13 James W. Vaupel (Hsg.), Max-Planck-Institut für demographischen Wandel Rostock, „Demographische Forschung aus erster Hand“ 2010, Jahrgang 7, Nr.1, S. 4

14 Vgl. DGB Vorstand/ Ingrid Sehrbrock (Hsg.) „Prekäre Beschäftigung. Wie auf dem Rücken der Frau der Arbeitsmarkt dereguliert wird.“

15 Vgl. Katharina Hajek/Benjamin Opratko: a.a.O.

16 Der Bundeswahlleiter: Endgültiges Ergebnis der Bundestagswahl 2009. 11 Abgeordnete im 17. Deutschen Bundestag nach Alter, Geschlecht und Partei. (Prozentuale Quoten berechnet)

17 Vgl. Gramsci, Antonio: Gefängnishefte, Bd. 7, Hamburg 1996 (Begriff des historischen Blocks).

18 Statista (Hrsg.): Anteil der Frauen in Führungspositionen bei den Dax-, MDax, TecDax- und SDax-Unternehmen, 2012. URL: <http://tinyurl.com/cm929gg>

19 Vgl. Gramsci, Antonio: Gefängnishefte, Bd. 7, hamburg 1996 (Begriff des historischen Blocks)

20 Art. „Prekisierung“ bei wikipedia.org.

Wirtschaftskrise, Mietenwahnsinn & Wohnungsnot in Hamburg

von Maarten Thiele

Referat für Soziales & Soziale Bewegung

Wer in Hamburg gerade auf der Suche nach einer Wohnung ist, hat ein Problem. Und wer das Glück hat, nach langer Suche und immer wieder neuen Wohnungsbesichtigungen und etlichen erniedrigenden Gesprächen mit Maklern, einen eigenen Mietvertrag in der Hand zu haben, muss dafür in den meisten Fällen sehr tief in die Tasche greifen. Aber was haben steigende Mieten und Wohnungsnot mit der Krise zu tun, von der im Moment immer wieder die Rede ist? Und wie können wir uns gegen diese Entwicklungen zur Wehr setzen?

„... seit der Deregulierung der Finanzsysteme in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre hat sich die marktorientierte Wohnungsbaufinanzierung rasch ausgeweitet. In den entwickelten Ländern beträgt das Volumen der Hypothekensmärkte heute über 40% des Bruttoinlandsprodukts (BIP), während es in den Entwicklungsländern mit weniger als 10% des BIP deutlich geringer ist“ (World Bank Development Report, zitiert nach David Harvey, S. 3f).

Dieses Zitat der Weltbank zeigt eine Tendenz auf: Wo immer Gewinne erwirtschaftet werden, müssen diese im Kapitalismus möglichst renditeträchtig neu investiert werden. Gerade in den letzten Jahrzehnten ist der Immobilienmarkt als eine zentrale Anlageoption verstärkt in den Blickpunkt von Investoren geraten. Diese Kapitalflucht ins „Betongold“ war überhaupt erst ein Auslöser der Krise, die im Jahr 2008 ausbrach. Der Zusammenbruch des Bankensektors 2008 wurde maßgeblich durch Immobilienblasen in den USA, Spanien und England ausgelöst. Bereits Mitte der 1990er Jahre – und noch einmal verstärkt durch das Ende des New-Economy-Booms 2001 – waren große Mengen überschüssiges Kapital in den Immobiliensektor investiert worden. Gelockerte Kreditvergaben und spekulative Bautätigkeiten führten schließlich zu einem künstlich beschleunigten Immobilienboom. Millionen von privaten Haushalten kauften vor allem in den oben genannten Ländern kreditfinanziert Wohneigentum zu überbewerteten Preisen. Als die Blase platzte, verloren viele ihre Lohnarbeit, konnten die Hypotheken nicht mehr abbezahlen. Die Wohnungen wurden zwangsversteigert und die Bewohner_innen auf die Straße gesetzt.

Auf der anderen Seite beschleunigt die Krise eine Kapitalflucht in den Immobiliensektor der boomenden Metropolen. Durch die Krise wurde das Vertrauen in andere Anlagemöglichkeiten weiter geschwächt. Ein dänisches Bankenconsortium, das im Jahr 2009 mehrere Straßenzüge

in der Hamburger Neustadt komplett aufkaufte, begründete diesen Kauf z.B. damit, dass in Hamburg „Wohnungsmangel aus verschiedenen demografischen und historischen Gründen“ vorherrsche. Ziel des Konsortiums sei es, „sehr gut gelegene Liegenschaften“ zu günstigen Konditionen zu erwerben, „die für eine Umwandlung in Eigentumswohnungen geeignet sind“ (Hamburger Abendblatt, 21.7.2009). Während also infolge der Krise in Ländern wie den USA und Spanien der Immobilienmarkt am Boden liegt, führt die gleiche Entwicklung in florierenden Großstädten (als vermeintliche Gewinner der Krise) zu einem Run auf Immobilien.

Explizit Banken und größere Fonds, also das Finanzkapital, arbeiten auf der Suche nach immer größeren Profiten seit einigen Jahren eng verflochten mit den Immobilien- und Bauunternehmen auf der einen und neoliberal ausgerichteten Regierungen auf der anderen Seite zusammen. Diese neue „Immobilien-Verwertungs-Koalition“ prägt zudem zunehmend die Gestalt der Städte, in denen wir uns bewegen und leben. Sei es dabei durch steigende Mieten, Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen, den Abriss von nicht lukrativ erscheinenden Gebäuden oder die Privatisierung von öffentlichen Flächen.

Neoliberale Stadtpolitik in der Bundesrepublik.

Auch in Deutschland, wo es im Vergleich zu anderen Ländern noch

einen relativ regulierten Immobilienmarkt mit bisher noch vergleichsweise vielen Immobilien im Besitz von staatlichen Wohnungsgesellschaften gibt, wird diese Entwicklung deutlich. Privatisierungen, städtische und regionale Segregation und Leitbilder wie das der „unternehmerischen Stadt“ stehen dafür ebenso wie steigende Mieten und Zwangsumzüge.

Allgemein lässt sich konstatieren, dass sich der Immobilienmarkt in der Bundesrepublik besonders in den letzten Jahren zu einem renditeträchtigen Feld für internationale Investoren gemausert hat. Einen konkreten Zusammenhang zwischen der Herstellungs- und Instandhaltungskosten und den Kauf- und Mietpreisen lässt sich dabei nicht herstellen. Dieses wird vor allem deutlich wenn man sich vor Augen führt, dass die durchschnittliche Kaltmiete in der Bundesrepublik immer noch bei 6,37 Euro liegt (Statistisches Bundesamt). In Hamburg und in einigen weiteren deutschen Städten werden fast überall mehr als 10 Euro/qm verlangt. In vielen innerstädtischen Vierteln sind Neuvermietungen bei Preisen von weit über 14 Euro/qm keine Seltenheit. Doch woher kommt dieser krasse Unterschied? Als Grund für die enormen Mietsteigerungen werden dabei immer die hohen Grundstückspreise angegeben. Boden lässt sich jedoch nicht als eine Ware im üblichen Sinne betrachten. Das diese überhaupt steigen, liegt daran, dass mit ihnen spekuliert wird. Es handelt sich dabei um eine rein fiktive Form des Kapitals (David Harvey). Investoren (und Banken) gehen dabei davon aus, dass sich in Zukunft mit diesen Grundstücken satte Gewinne machen lassen. Von dieser kapitalistischen Logik profitieren jedoch nur wenige. Ein in dieser Form organisierter Wohnungssektor geht jedoch zu Lasten eines Großteils der Bevölkerung und somit auch den Studierenden. Schaut man z.B. auf den Bestand preislich gebundener Wohnungen

in der Bundesrepublik, so fällt auf, dass dieser in den letzten Jahrzehnten rapide gesunken ist. Eine Studie des „Eduard-Pestel-Instituts“ ergab, dass es in der Bundesrepublik einen aktuellen Bedarf von rund 5,6 Millionen Sozialwohnungen gibt. Derzeit sind jedoch nur noch lediglich 1,6 Millionen auf dem Wohnungsmarkt verfügbar. Die Zahl der Sozialwohnungen ist allein von 2002 bis 2010 um rund ein Drittel zurückgegangen. Der Deutsche Mieterbund warnt vor einem weiteren Rückgang: Ohne einer Kehrtwende in der Wohnungspolitik werden in den nächsten 5 Jahren in Deutschland zudem weitere 800.000 Sozialwohnungen verschwinden. Weitere kommunale Wohnungsbestände werden zudem privatisiert. Eine Wende in der Wohnungspolitik ist nicht in Sicht.

Wachsende Stadt Hamburg? Für viele mittlerweile unbezahlbar!

Für Hamburg lässt sich eine ähnliche Entwicklung ausmachen. Im Jahre 2002 veröffentlichte der Hamburger Senat, der sich damals aus CDU, Schill-Partei und FDP zusammensetzte, die Drucksache „Leitbild: Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“. Mit dem neoliberalen Anspruch der „Wachsenden Stadt“ wird deutlich, dass das zentrale Anliegen dieses Leitbilds das (ökonomische) Wachstum darstellt.

Seit Jahren ist in Hamburg nur ein Bild zu beobachten: Die Mieten und Grundstückspreise steigen rasant, öffentliche Flächen werden privatisiert, die Verdrängung finanziell schwächerer Bevölkerungsschichten ist in vollem Gange. Diese Entwicklung ist kein „natürliches“ Phänomen. Die Gentrifizierung innenstadtnaher Stadtteile ist seit den 70er Jahren ein zentrales Ziel sozialdemokratischer Stadtentwicklungspolitik. Das Ziel war und ist es, „aufstiegsorientierte Mittelschichten“ in die Stadt zu holen, und die ansässige

Bevölkerung zu vertreiben, die in älteren Texten noch ganz offen als „kulturell und zivilisatorisch unterentwickelt“ (Neue Heimat Hamburg) bezeichnet wurde. Seit den 1980er Jahren wurden viele zentrale Stadtviertel zu Sanierungsgebieten erklärt. In diesen wurde die Sanierung und Aufwertung von Gebäuden und öffentlichen Flächen staatlich gefördert. Maßnahmen, um die ansässige Bevölkerung vor Mietsteigerungen und Luxussanierungen zu schützen, wurden in den seltensten Fällen getroffen, so dass es in Viertel wie dem Schanzenviertel oder Ottensen zu einem weitgehenden Austausch der Bewohner_innen gekommen ist.

Mitte der 1970er Jahre gab es in Hamburg noch ca. 400.000 Sozialwohnungen. Heute liegt diese Zahl bei nur noch knapp 100.000. Hinzu kommt, dass immer mehr ALG2-Empfänger_innen von Zwangsumzügen bedroht sind, weil die Mieten über den vom Amt festgelegten Regelsätzen liegen. Die durchschnittliche Nettokaltmiete liegt in Hamburg mit über 8€/qm weit über dem Bundesdurchschnitt. Neuvermietungen lagen im ersten Quartal 2012 sogar bei einer Durchschnitts-Netto-Kaltmiete von 11,10€/qm. Das ist ein Anstieg um 11% im Vergleich zum Vorjahr. In innerstädtischen Vierteln wie auf Sankt Pauli, Altona oder Sankt Georg sind bei Neuvermietungen Preise von über 14€/qm keine Seltenheit, sondern mittlerweile eher die Regel. Der SPD-Senat tut derzeit so, als ob er gegen den „Mietenwahnsinn“ in der Stadt etwas unternimmt. Stadtentwicklungssenatorin Jutta Blankau verkündete im Juli diesen Jahres stolz: „Wir sorgen dafür, dass jedes Jahr 6.000 Wohnungen gebaut werden, von denen ein Drittel bezahlbar sein wird.“ Was einen Journalisten der „WELT“ dazu veranlasste zu fragen: „Und was wird mit den anderen 4.000, mit den unbezahlbaren Wohnungen, was machen wir damit? Sollen die leer stehen? Ver-

Vertiefende Literatur und weiterführende Links:

Füllner, Jonas / Templin, David (2011): Stadtplanung von unten.

Jonas Füllner/David Templin (2011): Stadtplanung von unten. Die »Recht auf Stadt«-Bewegung in Hamburg.

In: **Andrej Holm, Dirk Gebhardt (Hrsg.):** Initiativen für

ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignungen, Hamburg. S.79-104.

Harvey, David (2012): Die urbanen Wurzeln der Finanzkrise: Die Stadt für den antikapitalistischen Kampf zurückzugewinnen, Hamburg: VSA-Verlag.

schenken wir sie an bedürftige Banker?“ (WELT, 28.7.2012). Mit dieser unfreiwillig entlarvenden Aussage wollte Blankau eigentlich sagen, dass jährlich 6.000 neue Wohnungen gebaut werden, von denen 2000 Sozialwohnungen sind. Ein Blick hinter diese Zahlenakrobatik verdeutlicht, dass sich die Situation weiter drastisch verschärfen wird. Denn jährlich fallen 5.200 Wohnungen aus der Sozialbindung heraus (Pestel-Institut). Wenn tatsächlich 2.000 Sozialwohnungen neu gebaut werden, gibt es immer noch eine jährliche Abnahme des Sozialwohnungsbestandes von 3.200 Wohnungen. Auch werden von den 6.000 neugebauten Wohnungen nicht die Wohnungen abgezählt, die infolge von Abrissen oder Umwandlungen verschwinden, und über die der Senat keine Angaben macht. Nach Schätzungen von Hamburger Mieter_innenverbänden fehlen bis zu 90.000 Wohnungen in der Hansestadt. Die Mieter_innenverbände kritisieren zudem, dass eine reine Zunahme des Wohnungsbestandes alleine nicht die Probleme auf dem Immobilienmarkt lösen kann. Weiterhin setzt die Stadt darauf, dass gewinnorientierte Akteure die Probleme auf dem Wohnungsmarkt lösen sollen. Städtische Flächen werden privatisiert, und damit letzten Endes der demokratischen Kontrolle durch die Bewohner_innen der Stadt entzogen. Ein grundsätzlicher Wandel in der Wohnungspolitik müsste bedeuten, dass Bewohner_innen beteiligt und nicht-gewinnorientierte Modelle des Wohnungsbaus gefördert werden.

400€ für ein WG-Zimmer?! Ich bin doch nicht blöd!

Explizit zeigt sich auch für Studierende, dass die steigenden Mieten eine immer größere Belastung darstellen. Die 3.750 Zimmer in den Hamburger Studierenden-Wohnheimen sind überbucht und nur über eine Warteliste zu bekommen. Das Stu-

dierendenwerk wird in diesem Jahr sogar für die neuen Erstsemester im zweiten Jahr in Folge eine Sporthalle bereitstellen müssen, um den Wohnungssuchenden wenigstens eine Notunterkunft bieten zu können, die bisher noch keine überteuerte Wohnung ergattern konnten.

Mittlerweile liegt der Mietdurchschnitt für Studierende in einem WG-Zimmer in der Hansestadt bei 345€ (inkl. Nebenkosten). Bei Neuvermietung eines WG-Zimmers sind mittlerweile Preise über 400 Euro die Tagesordnung. Tendenz steigend! Damit stellt Hamburg für Studierende knapp hinter München die zweitteuerste Stadt in der Bundesrepublik dar (19. Sozialerhebung DSW). Nach neuesten Berechnungen ist davon auszugehen, dass in der neuen Auflage der Sozialerhebung Hamburg sogar München überholen wird. Ähnlich geht es Auszubildenden, deren Azubi-Gehalt bei weitem nicht mit den Hamburger Wohnungspreisen mithalten kann.

Nehmen wir uns die Plätze - nehmen wir uns die Stadt!

In Deutschland haben sich an vielen Orten Initiativen gegen die neoliberale Stadtpolitik und steigende Mieten gebildet. In Hamburg gibt es seit 2009 das „Recht-auf-Stadt-Netzwerk“, in dem sich zahlreiche Stadtteilinitiativen zusammengeschlossen haben. Unter anderem fordert das Netzwerk das Recht auf Wohnraum und eine Stadt für alle Menschen jenseits von Nationalität und Größe des Portemonnaies. Der wahrscheinlich bedeutsamste Erfolg der Recht-auf-Stadt-Bewegung in Hamburg ist der Erhalt des Gängeviertels. Das Gängeviertel sind die letzten Reste eines historischen innerstädtischen Arbeiterviertels, die die Stadt an niederländische Investoren verkauft hatte, die die Häuser abreißen wollten. Nach der Besetzung durch Künstler_innen und Aktivist_innen war der Druck so hoch, dass

die Stadt die Häuser zurückkaufen musste. Aber auch die Ergebnisse der Kämpfe vergangener Jahre zeigen, dass es sich lohnt aktiv zu werden. In diesem November jähren sich zum 25. Mal die „Barrikadentage“, in denen die damals besetzten Häuser in der Hamburger Hafenstraße gegen eine drohende Räumung verteidigt wurden. Die Häuser, die die Stadt ursprünglich abreißen lassen wollte, sind mittlerweile im Besitz einer Genossenschaft der Bewohner_innen. Langfristig ist so sichergestellt, dass die Mieten bezahlbar bleiben und die Bewohner_innen über alles, was die Häuser betrifft, gemeinsam entscheiden können.

Es ist notwendig, dass endlich was passiert.

Eine wirkliche Veränderung zum Besseren lässt sich nur durch massiven Druck von der Straße erringen. Im Herbst wird es eine Kampagne gegen die Stadtentwicklungspolitik des Hamburger Senats geben. Unter dem Motto „Schlaflos in Hamburg? Mietenwahnsinn stoppen!“ mobilisieren die Asten der Hamburger Hochschulen, Gewerkschaftsjugendlichen und Initiativen aus dem Recht-auf-Stadt-Netzwerk zu Aktionen gegen den Wohnungsnot, steigende Mieten und Verdrängung. Am 27.10. gab es einen Aktionstag „Suchst du noch oder wohnst du schon?“ und am 10.11. fand eine große Demonstration statt, die um 13 Uhr am Hamburger Hauptbahnhof (Hachmannplatz) losging. Wenn ihr bei der Kampagne „Schlaflos in Hamburg?

Mietenwahnsinn stoppen!“ mitmachen wollt oder nähere Informationen sucht:

<http://schlaflosinhamburg.blogspot.de>



Vertiefende Literatur und weiterführende Links:

Harvey, David (2012): Die urbanen Wurzeln der Finanzkrise: Die Stadt für den antikapitalistischen Kampf zurückgewinnen, Hamburg: VSA-Verlag.

Holm, Andrej (2010): Wir Bleiben Alle! Gentrifizierung – Städtische Konflikte um Aufwertung und Verdrängung, Münster: Unrast-Verlag.

Mullis, Daniel (2009): „Neoliberale Stadt“ – Entwicklungen und Folgen einer neoliberalen Stadtpolitik. In: <http://static.twoday.net/rageo/files/NeoliberaleStadt.pdf>

Recht-auf-Stadt-Netzwerk Hamburg:
www.rechtaufstadt.net

Bündnis „Mietenwahnsinn stoppen“:
www.mietenwahnsinn.de

Von Aha-Effekten und einem Revolutiönchen in den Wirtschaftswissenschaften.

von Artur Brückmann
Referat für Politische Bildung,
Kultur & Kritische Wissenschaft

„Ich beginne zu glauben, dass die Linke recht hat“ - Dieser Erkenntnisgewinn würde ja nur allzu gut nachvollziehbar und logisch erscheinen, wenn, ja wenn er nicht von Frank Schirrmacher, einem der führenden konservativen Intellektuellen käme. Nun darf man diese Wendung in ihrer Radikalität auch nicht überbewerten, aber dennoch zeigt sie eine gewisse Veränderung der Hegemonietektonik hin zu einer Haltung, die die bestehenden Verhältnisse zunehmend hinterfragt anstatt sie nur stumpf zu manifestieren. Der von Schirrmacher verfasste FAZ-Artikel vom 15.08.2011 beginnt mit dem Satz: „Ein Jahrzehnt enthemmter Finanzmarktökonomie entpuppt sich als das erfolgreichste Resozialisierungsprogramm linker Gesellschaftskritik.“

Und in der Tat lässt sich seit „Ausbruch“ der Krise, die mit der Insolvenz von Lehman Brothers im September 2008 ihren Auslöser (nicht aber die Ursache) fand, beobachten, wie es angesichts der nicht enden wollenden System-Rettungsaktionen einer Reihe von bisher streng orthodoxen Marktfundamentalist*Innen die Tränen in die Augen treibt und wie sie – zumindest teilweise – vom Glauben abfallen.

In den Wirtschaftswissenschaften lässt sich sowohl auf Seite der Lehrenden als auch auf Seite der Studierenden eine – wenn auch kleine – Bewegung verzeichnen. So hat z.B. der Chef des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts, VWL-Professor und Botschafter des neoliberalen Thinktanks „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“, Thomas Straubhaar, im März diesen Jahres verlautbaren lassen: „Es gibt ökonomische Ideen und Glaubenssätze, die ich zu lange akzeptiert habe, obwohl sie mit der Empirie nicht übereinstimmen. Das will ich nicht mehr, sondern kritisieren, was falsch läuft“¹.

Diese Aussage zeigt uns weniger eine fundamentale Richtungsänderung im Denken dieses Wirtschaftswissenschaftlers, als vielmehr den Druck der Erscheinungsformen der Krise, die es fast unmöglich machen, stur am bisher geglaubten festzuhalten. Die Chance der Krise liegt also darin, dass die in den grundlegenden Funktionsmechanismen des Kapitalismus angelegten Widersprüche so deutlich zu Tage treten, dass selbst diejenigen von ihrer bisherigen Ansicht abweichen müssen, die überhaupt die Existenz des Kapitalismus negieren.

Der Grundwiderspruch des Kapitalismus liegt darin, dass Produktion und Konsumtion, also die Erzeugung und der Verbrauch von Gütern und Dienstleistungen, systematisch auseinander laufen. Und zwar deshalb, weil die Produktion eine Tendenz zur grenzenlosen Ausweitung hat, wobei nur die technischen Möglichkeiten eine Grenze darstellen, und die Konsumtion demgegenüber systematisch beschränkt ist. So ist

sie auf individueller Ebene dadurch begrenzt, dass das Kapital die Löhne und die Zahl der Arbeitskräfte minimieren will, um die Profitproduktion zu steigern. Dadurch sinkt das Einkommen der Haushalte und damit deren Nachfrage. Auf der Ebene der Investitionen ist die Konsumtion dadurch systematisch eingeschränkt, dass sie sich an den Profiterwartungen orientiert und abwägt zwischen der Rentabilität von Sachanlagen und der von Finanzanlagen. Diese im idealen Durchschnitt des Systems angelegten Möglichkeiten der Krise treten von Zeit zu Zeit dann eben auch real an die Oberfläche und das Produzierte lässt sich nicht mehr konsumtiv verwerten, so wie jetzt gerade. Wir haben also die skurrile Situation, dass wir eine Krise aufgrund von Überfluss haben; es ist einfach zu viel Kapital da als dass es noch ausreichend Verwertungsmöglichkeiten finden kann.

Dieser zugegebenermaßen sehr oberflächliche Exkurs in die marxistische Krisentheorie, die an deutschen Universitäten so gut wie gar nicht vorkommt, soll uns dazu dienen, ihr schlaglichtartig und aufgrund der Kürze des Artikels notwendigerweise äußerst verkürzt die derzeit in den Wirtschaftswissenschaften allein herrschende Theorie der Neoklassik gegenüberzustellen und daraus Forderungen an die Wirtschaftswissenschaften zu formulieren.

Die Neoklassik kann aufgrund ihrer Grundannahmen die eben angerissene Krisenerklärung vom Auseinanderlaufen von Produktion und Konsumtion überhaupt nicht begrifflich darstellen. Das aus der Naturaltauschwirtschaft entlehnte Saische Theorem besagt nämlich, dass jedes Angebot sich – über einige Umwege – automatisch die dazu nötige Nachfrage schafft. Unter anderem deshalb, weil die Neoklassik von der Existenz von Geld abstrahiert (sic), dieses also nur als Austauschmedium setzt und damit das Halten von Geld zu nicht konsumtiven Zwecken schlichtweg nicht vorsieht. Frei nach dem Motto: Es kann nicht sein, was nicht sein darf!

Allein anhand dieses einen Beispiels könnte man die Neoklassik also getrost auf den Müllhaufen der Geschichte werfen und sich nicht weiter mit ihr beschäftigen, wenn sie eben nicht diejenige Theorie wäre, welche pro Semester tausende von Studierenden unkritisch und ahistorisch als einziges Paradigma in die Köpfe gepaukt bekommen.

Denn selbst der Keynesianismus, der in den 70er Jahren noch das vorherrschende Wirklichkeitsverständnis an deutschen Wirtschaftsfakultäten war, ist mittlerweile fast vollständig aus den Lehrplänen verschwunden. Dieser hat Krisen wenigstens noch als dem kapitalistischen System immanent angesehen – und nicht wie die Neoklassik als Folge von staatlichen Ein-

griffen in das nach Naturgesetzen funktionierende Marktgeschehen. Der Keynesianismus erklärt die Diskrepanz zwischen Produktion und Konsumtion mit der Möglichkeit, Geld eben nicht nur zu Transaktionszwecken zu verwenden sondern es auch als liquides Vermögen zu halten und somit dem Produktionsprozess zu entziehen. Dementsprechend ist dann die keynesianische Antwort auf die so entstandene Krise, durch staatliche Investitionen und eine Umverteilungspolitik zugunsten der unteren Einkommenschichten, denen eine höhere Konsumquote zugeschrieben wird, dieses „zurückgehaltene“ Geld wieder nachfragewirksam einzusetzen und so die Absatzkrise zu überwinden. Keynes hat die marxistische Krisenanalyse also wenigstens ernst genommen und versucht, sie – wenn auch innerhalb kapitalistischer Verhältnisse und mit historisch unterschiedlichem Erfolg – aktiv zu überwinden.

Was können wir also aus diesen Ausführungen lernen, was kann ein kritischer Ansatz in den Wirtschaftswissenschaften bewirken und was hat bitte schön das Referat für Politische Bildung, Kultur und Kritische Wissenschaft (PolBiKuKriWi) des AstAs der Uni Hamburg mit all dem zu tun?

Lernen können wir zunächst, dass es für eine Problemstellung, die der marxistischen Krisentheorie und der Empirie entlehnt ist, zwei Möglichkeiten des Umgangs mit Krisen gibt. Die erste Möglichkeit ist, die Existenz derartig entstandener Probleme generell zu leugnen, so wie es die Neoklassik auf gerade dargelegte Weise tut. Die zweite Möglichkeit besteht darin, das Problem ernst zu nehmen und eine Theorie zu entwickeln, die (mehr oder weniger weitgehende) Antworten liefert, so wie z.B. der Keynesianismus das tut. Die Theorie mit dem kleinsten Erklärungswert für real existierende Probleme allerdings zur alleinigen Wahrheit in den Fakultäten für Wirtschaftswissenschaften werden zu lassen und nicht einmal auf die Existenz anderer Theorien hinzuweisen, ist auf jeden Fall keine adäquate Reaktion auf eben angerissene Problemstellung. Und dennoch herrscht die Neoklassik weiterhin unangefochten bei den Berufungen von Professor*Innen, bei der medialen Deutung der Krise und der Vergabe von Forschungsgeldern, ganz so als wäre in der Krise nicht zu Tage getreten, dass diese Theorie nicht nur nicht in der Lage war, sie vorherzusehen, geschweige denn Lösungsvorschläge zu unterbreiten.

Aber diese Alleinherrschaft bekommt erste Risse. So gab es dieses Jahr zum ersten Mal eine Ergänzungsveranstaltung zur Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik, der größten Vereinigung deutschsprachiger Volkswirt*Innen, die von der Bun-

desvereinigung der Real World Economics organisiert wurde. Dadurch wurde ein Raum für die Diskussion pluralistischer bzw. heterodoxer Ansätze geschaffen, der mit hochkarätigen Wissenschaftler*Innen besetzt war und ein breites (Medien-) Echo erzielte. Aus dieser kritisch-konstruktiven Veranstaltung entstand ein offener Brief von Studierenden und Lehrenden aus über 50 Hochschulen, in dem u.a. Theorien- und Methodenvielfalt, eine stärkere Historisierung des Fachs, Interdisziplinarität und die Besetzung von mindestens 20 % der Lehrstühle mit heterodoxen Ökonom*Innen gefordert wurde. Es geht also darum, die herrschenden Verhältnisse (in den Wirtschaftswissenschaften) radikal zu hinterfragen, ihre Funktion innerhalb des Gesamtsystems zu durchleuchten und die Interessen, die von einem Erhalt des status quo profitieren, aufzudecken. So kann sich dann eine Wissenschaft entwickeln, die auch über ihre akademischen Grenzen hinaus einen Beitrag zu einer positiven Transformation der Gesellschaft leisten kann.

Und auch an der Uni Hamburg tut sich in diese Richtung etwas. Die lokale Gruppe der Real World Economics Hamburg, in der auch der Vorsitzende der Bundesvereinigung, Thomas Dürmeier, aktiv ist, hat bereits im letzten Semester eine Veranstaltungsreihe organisiert, in der wissenschaftliche Alternativen zum Mainstream präsentiert wurden und bekam dabei Unterstützung aus dem AstA.

Speziell das PolBiKuKriWi-Referat hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Monokultur der Wissenschaften (und hier speziell der Wirtschaftswissenschaften) aufzubrechen und stattdessen verstärkt die Diskussion zwischen alternativen Ansätzen zu befördern. Dafür werden wir im nächsten Semester z.B. eine Veranstaltung organisieren, die sich mit der marxistischen Kritik am Keynesianismus beschäftigt und uns politisch dafür einsetzen, die Forderungen des offenen Briefs bei uns an der Uni umzusetzen. Außerdem unterstützt der AstA im kommenden Semester die Vorlesungsreihe „Politische Ökonomie heute“, die vom Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien (ZÖSS) organisiert wurde und anhand eines breiten Themenspektrums einen Überblick über die Vielfalt politökonomischer Ansätze verschaffen soll.

Denn wann, wenn nicht in Zeiten von Krisen haben wir derartig nachdrückliche Argumente an der Hand, die Wirtschaftswissenschaften endlich aufzumischen und dazu zu bringen, sich mit gesellschaftlich relevanten Fragestellungen zu beschäftigen, sozial-ökologische Lösungsvorschläge zu erarbeiten und damit zu einer progressiven Entwicklung beizutragen?!

Leseempfehlungen:

- Einen niedrigschwelligen **Einstieg in die Makroökonomie der Neoklassik und des Keynesianismus** bietet das Buch „Einfach lernen! Makroökonomie“ von Rainer Volkmann, ehemaliger Dozent am Fachbereich Sozialökonomie, das kostenlos heruntergeladen werden kann: <http://tinyurl.com/clstudo>
 - Die beste mir bekannte **Einführung in die Kritik der Politischen Ökonomie von Karl Marx** liefert Michael Heinrich mit seinem Buch aus der Reihe theorie.org unter dem kreativen Titel „Kritik der Politischen Ökonomie – Eine Einführung“
 - Auf der homepage der Real-World-Economics findet ihr neben **alternativen Lehrbüchern und zahlreichen Literaturempfehlungen u.a. auch alle Beiträge der im Text erwähnten Ergänzungsveranstaltung als Video-Datei:** <http://real-world-economics.de/>
 - Hier findet ihr die Termine und Themen der Vorlesungsreihe „**Politische Ökonomie heute**“, die vom ZÖSS in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung und dem AstA veranstaltet wird: <http://tinyurl.com/c7snyyl>
-

Syrien - Intervention für Menschenrechte?

vom Referat für internationale Solidarität

Artikel 2 der Charta der Vereinten Nationen von 1945

„3. Alle Mitglieder legen ihre internationalen Streitigkeiten durch friedliche Mittel so bei, daß der Weltfriede, die internationale Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden.

4. Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.“

Seit Ende der 80 Jahre bemühen sich aber die Regierung der USA und anderer westlicher Industriestaaten dagegen um eine „Neue Weltordnung“. Nicht die Stärke des Rechts, sondern das Recht des Stärkeren soll in ihr herrschen.

Das vom US-Berater Zbigniew Brzezinski entworfene Projekt „Greater Middle East“ sieht die „Demokratisierung“ bzw. Unterwerfung der rohstoffreichen Staaten von Nordafrika bis an die Grenzen Indiens und Chinas mit ökonomischen, „diplomatischen“ und militärischen Mitteln vor. Das Völkerrecht wird dafür machtpolitisch instrumentalisiert, gebeugt und zu zerstören versucht; sogar eine sogenannte Schutzverantwortung („responsibility to protect“) wird als Legitimation für Militärinterventionen propagiert. Diese Rückkehr des Krieges als scheinbar legitimes oder gar humanitäres Mittel der Politik geht mit riesigen Rüstungsgeschäften und steigenden Militärhaushalten einher (nix mit Schuldenbremse hier) und macht auch vor der Wissenschaft nicht halt. Diese Militarisierung ist Teil der globalen Krise.

In diesem Kontext wurde in Syrien der „Arabische Frühling“ in einen blutigen Bürgerkrieg verwandelt – nicht zuletzt durch äußere Einmischung. Neben den USA und ihren NATO-Partnern mischen deren regionale Verbündete wie Saudi-Arabien, Katar und die Türkei massiv mit, um ihre Vormachtstellung gegenüber Syrien, Iran und auch Ägypten auszubauen und Aufstände in ihren eigenen Ländern zu verhindern. So wurde von den „Freunden Syriens“ der Sechs-Punkte Plan des ehemaligen UNO-Generalsekretärs Kofi Annan (Vgl. Kasten auf der nächsten Seite), der einen realistischen Weg für einen schnellen Waffenstillstand und eine zivile Konfliktlösung aufzeigt, erst mal verhindert. Für einen gelenkten Regime-Change in Syrien – nicht zu verwechseln mit einer demokratischen Revolution, für die es in Syrien auch eine relevante, friedliche Bewegung gibt – werden unterhalb der Ebene der direkten militärischen Invasion Gelder, Logistik und Waffen geliefert, Geheimdienste eingesetzt, Söldner ausgebildet und wird mit Militärintervention gedroht, um die Assad-Regierung (sowie die Bevölkerung) mürbe zu machen.

weiterlesen auf Seite 28.

Kofi Annans Sechs-Punkte-Plan für Syrien

- 1) Die Regierung in Damaskus verpflichtet sich, in Zusammenarbeit mit Annan einen **politischen Dialog mit der Opposition** aufzunehmen. Dabei sollen die Forderungen der Demonstranten zur Sprache kommen.
- 2) Der vereinbarte Waffenstillstand soll durch die Vereinten Nationen überwacht werden. Zum Schutz der Zivilbevölkerung und zur Stabilisierung des Landes sollen alle Beteiligten die **bewaffnete Gewalt in jeglicher Form** beenden. Die Armee soll Truppenbewegungen beenden, den **Einsatz schwerer Waffen in Wohnvierteln einstellen** und mit der Verlegung der Soldaten zurück in die Kasernen beginnen.
- 3) In den betroffenen Kampfgebieten muss ein sogenannter **humanitärer Zugang** gewährleistet werden. Dazu soll täglich eine zweistündige "humanitäre Pause" eingehalten werden.
- 4) Des Weiteren soll die syrische Regierung "das Tempo und Ausmaß der **Freilassung willkürlich festgenommener Personen**" steigern und eine Liste mit allen Orten bereitstellen, an denen die Betroffenen festgehalten werden.
- 5) **Journalisten müssen sich frei im Land bewegen dürfen.** Die Behörden dürfen Visa nicht mehr nur an ausgewählte Reporter ausstellen.
- 6) Die syrische Regierung soll "**die Versammlungsfreiheit und das Recht, friedlich zu demonstrieren, respektieren**".

Im April 2012 hatte der ehemalige Generalsekretär und damalige Sondergesandte der UNO, Kofi Annan, diesen Sechs-Punkte-Plan mit den syrischen Konfliktparteien ausgehandelt und insbesondere die Zustimmung der syrischen Regierung zu diesem Plan erwirkt. Die Umsetzung dieses Plans scheiterte aber u.a. daran, dass gleichzeitig die US-Außenministerin Clinton einen Regime-Change forderte, damit eine entscheidende Konfliktpartei für irrelevant erklärte und der Freien Syrischen Armee damit implizit eine Unterstützung ihrer Kämpfe durch westliches Militär – vergleichbar dem Bombardement Libyens – in Aussicht stellte.

Kofi Annan hat seine Mission daher im August 2012 nicht verlängert. Gleichwohl verhindert bisher die kriegskritische Haltung der meisten Menschen in der westlichen Welt eine solche Intervention in Syrien.

Ein neuer Anlauf für Waffenstillstandsverhandlungen und einen politische Dialog der Konfliktparteien ist unausweichlich. Daher erkennt auch der Annan nachfolgende UN-Sondergesandte, Lakhdar Brahimi, die Sechs Punkte als Grundlage seiner diplomatischen Initiative an.

Ist dies mit dem Völkerrecht vereinbar?

Norman Paech, emeritierter Völkerrechtler der ehemaligen HWP (heute FB Sozialökonomie der Uni Hamburg), stellt in seinem Artikel „Die Schlacht um Damaskus: Syrien und das Völkerrecht“ in den Blätter für deutsche und internationale Politik (9/2012) als erstes die Frage, ob überhaupt Gewalt gegen die eigene Bevölkerung völkerrechtlich legitim ist und weist darauf hin, daß die Anwendung von Gewalt in den staatlichen Grenzen zwar grundsätzlich erlaubt sei, aber in engen Grenzen: Das Recht auf Leben und Gesundheit, die Achtung der Menschenwürde und das Folterverbot sind immer zu achten. Das humanitäre Völkerrecht wie die Genfer Konvention beinhaltet weitreichenden Schutz von Zivilisten und verbietet Tötungen und entwürdigende Behandlung, wogegen sowohl die Regierungstruppen als auch die „Freie Syrische Armee“ verstoßen.

Anders als bei einer Regierung, die einen anderen Staat um militärische Hilfe zur Bekämpfung von Aufständischen bitten darf, oder Befreiungsbewegungen, die sich gegen Fremdherrschaft und rassistische Unterdrückung wenden, ist die Unterstützung der „Freien Syrischen Armee“ durch andere Regierungen nicht mit dem Völkerrecht vereinbar. Zwar fällt nur eine direkte militärische Unterstützung unter das Gewaltverbot (und nicht die finanzielle) und ökonomische Sanktionen sind zulässig, wenn sie die Bevölkerung nicht unverhältnismäßig treffen. Aber schon bezüglich der logistischen Unterstützung gibt es eine einschlägige Rechtsprechung, und zwar verurteilte 1986 der Internationale Gerichtshof die USA für ihre Unterstützung der reaktionären Contras in Nicaragua. Nicht nur offene militärische Maßnahmen und Waffenlieferungen, sondern auch die Anleitungen für den Guerillakampf u.a. durch ein Militärhandbuch verstoßen demnach gegen das Gewaltverbot. Also sind die Waffenlieferungen und die Ausbildung von Aufständischen etwa in der Türkei klar völkerrechtswidrig. Auch die Drohungen der türkischen Regierung, die vor allem weitere Autonomiebestrebungen der kurdischen Bevölkerung befürchtet, mit einer Intervention im Norden Syriens, ist nach Artikel 2 der UN-Charta verboten.

„Krieg kann nie Menschenrechte schützen“

Zusammenfassend kann man sagen, dass das Agieren der westlichen Staaten gegenüber Syrien völkerrechtswidrig, heuchlerisch und alles andere als friedensstiftend ist.

Das Urteil des Internationalen Gerichtshofes von 1986 trifft außerdem eine sehr grundsätzliche Aussage: „Die Vereinigten Staaten mögen ihre eigene Einschätzung hinsichtlich der Achtung der Menschenrechte in Nicaragua haben, jedoch kann die Anwendung von Gewalt keine geeignete Methode sein, die Achtung der Menschenrechte zu überwachen oder zu sichern. Hinsichtlich der ergriffenen Maßnahmen [ist festzustellen], dass der Schutz der Menschenrechte, ein strikt humanitäres Ziel, unvereinbar ist

mit der Verminung von Häfen, der Zerstörung von Ölraffinerien oder mit der Ausbildung, Bewaffnung und Ausrüstung von Contras.“

Krieg kann nie Menschenrechte schützen, weil er selbst menschenverachtend ist! Auch für Syrien gilt: Erst wenn die Waffen schweigen, sind zivile Verhandlungen, ein echter demokratischer Wandel und sozialer Fortschritt möglich. Das strikte Gewaltverbot der UNO ist zu verteidigen und der öffentliche Druck für eine Beendigung der imperialistischen Einmischung ist zu erhöhen, damit eine friedliche politische Lösung realisiert werden kann - von der Bevölkerung, für die Bevölkerung, durch die Bevölkerung. Das ist eine aufklärerische

Aufgabe internationaler Friedensbewegung, deren Teil Wissenschaft und engagierte studentische Interessenvertretung sein müssen.

Die Uni Hamburg hat mit dem Zentrum für Naturwissenschaft und Friedensforschung (Weizsäcker-Institut) und dem Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH), der Arbeitsstelle Kriegursachenforschung (AKUF), der Sammlung friedenspolitischer und friedenswissenschaftlicher Schriften in der Staats und Universitätsbibliothek „Carl von Ossietzky“ sowie zahlreichen Aktivitäten weiterer Wissenschaftler_innen und Studierender einen Friedensschwerpunkt, der genutzt und ausgebaut werden sollte.

Radikale Protestperspektive?

von Franziska Hildebrandt, Vorstand & Finanzreferat

Es geht nicht um ein Stück vom Kuchen...

Die Finanzmittel, die der Hamburger Senat der Uni Hamburg zur Verfügung stellt, werden gekürzt. Die Hochschulvereinbarung, die im Herbst 2011 von Uni-Präsident Dieter Lenzen und Wissenschaftssenatorin Dorothee Stapelfeldt unterzeichnet wurde, schreibt die Kürzung bis 2020 fest. Um die weitere Verschlechterung der Lehre und Forschung zu verhindern und stattdessen um Verbesserungen zu kämpfen, müssen die Studierenden in Bewegung kommen. Aber mit wem?

Allein für die Aufstockung der Finanzmittel für die Uni Hamburg zu streiten, reicht nicht aus. Denn mindestens die Frage, woher das Geld kommen soll, muss in den Auseinandersetzungen beantwortet werden. Ein weitere Frage, die besteht, lautet: Für was soll die Uni mehr Geld bekommen?

Mein Bild von der Universität, vom Studi-Leben hat sich in den letzten drei Jahren, an denen ich mehr oder weniger an der Uni studiere, zerstört. Der Campus ist mehr Durchgangsstadion als Aufenthaltsort und Lebensmittelpunkt, die Seminare eher von Modulen vorgestrickt als von gemeinsamen entwickeln von neuen Erkenntnissen geprägt und durch kritisches Hinterfragen hält man hier den ganzen Betrieb auf. Betrieb?

In den hoch entwickelten, reichen Ländern wie Deutschland wird eher

„geistige Arbeit“ als „Handarbeit“ benötigt, da die Produktionsstätten in Länder mit billigeren Arbeitskräften verlagert worden sind. Die höhere (Aus-)Bildung an den Universitäten steht also im Zentrum für Standort und Wettbewerb. Die wirtschaftlichen Entwicklungen von einer Industriegesellschaft hin zu einer Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft haben die Hochschulen nicht unberührt gelassen. Im Gegenteil: Seit den 70er Jahren erfährt das Bildungssystem eine krasse Umstrukturierung, die vorerst in der Einführung der Bachelor-Master-Studiengänge gipfelte. Einige Verschlechterungen und zunehmende Ökonomisierungen wie z.B. durch die Studiengebühren wurden erfolgreich wegekämpft.

Dennoch studieren wir weitgehend alle im Bachelor-Master-System, das auf die Produktion von willigen Arbeiter*Innen ausgelegt ist.

Unter dem Druck der chronischen Unterfinanzierung der Hochschulen wurde die Studiendauer von 5 Jahren im Diplom eben mal auf 3 Jahre im Bachelor herunter gekürzt. Masterplätze sollen nur einer kleinen Elite gewährt werden. Vollgestopft mit Prüfungen und Abgabeterminen lassen die Studierenden sich durch das Studium hetzen. Nach drei Jahren geht es dann auf den Arbeitsmarkt. Auf welchen?

Dieser Arbeitsmarkt steckt in der Krise. Die mögliche Arbeitslosigkeit nach dem Bachelor-Abschluss erhöht den starken Leistungsdruck noch ein Mal. Die Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung wird durch scheinbare

individuelle, freiwillige Ausbeutung ergänzt. Studierende streben nach ihrem eigenen Profil, aufgeschmückt durch zusätzliche Kurse, Kompetenzen und unbezahlte Praktika. Wir müssen also die momentane Studienstruktur als gegenwärtige gesellschaftliche Organisation von Arbeit begreifen. Die inhaltliche, kritische Auseinandersetzung mit Vergangenen und Bestehendem wird zurück gedrängt. Vielmehr geht es um das Erlernen von Methoden, ums Zeitplan einhalten und sich selbst zu disziplinieren, sich also anzupassen. Praxisbezug bedeutet hier der ökonomischen Nützlichkeit, den Interessen

des kapitalistischen Arbeitsmarktes, zu dienen. Die Arbeitgeberverbände formulierten zu den Hochschulreformen

Krise des Arbeitsmarkts

unter anderem: „Die drei aufeinander aufbauenden Studienphasen mit den Abschlüssen Bachelor, Master und Promotion entsprechen zudem dem differenzierten Bedarf der Wirtschaft an hoch qualifizierten Nachwuchskräften.“ Differenzierter Bedarf? Gemeint ist abgestufte Entlohnung, also die Entwertung der akademischen Ausbildung. Zwar werden auf dem kapitalistischen Arbeitsmarkt immer mehr akademisch ausgebildete Arbeitskräfte benötigt, aber sie sollen billig werden. Durch die Bologna-Reform wurde also der Wunsch der Arbeitgeber nach einer Masse von Absolvent*Innen, die weniger Ansprüche auf ein höheres Gehalt besitzt, nachgekommen. Hinzu kommt ein öffentlicher Diskurs, der die Ausbildung im Bachelor-System noch weiter entwertet. Der Druck von allen Seiten erhöht sich also zunehmend. Wir sind damit aber nicht allein....

Bachelor als staatsorganisierter Studienabbruch.

...es geht um die ganze Bäckerei.

In der Krise und der Zuspitzung des gesellschaftlichen Antagonismus führt kaum ein Weg an einer gesamtgesellschaftlichen Opposition vorbei. Eine separate Bewegung der Studierenden erscheint unter den derzeitigen zugespitzten gesellschaftlichen Bedingungen kaum mehr möglich. Deswegen ist auch eine Aneignung der Widerstandspraxen der Arbeiter*Innen sinnvoll. Die Trennung von „geistiger“ und „Hand-Arbeit“ ist eine Herrschaftsinstrument, die die Arbeiter*Innen untereinander zu teilen versucht. Die wissenschaftliche Bildung erscheint als Privileg, da die darauffolgende Arbeit meist „leichter“ zu bewältigen sei und besser bezahlt werde. Dieses Privileg gilt es zu überwinden, in dem die Universitäten für alle Menschen geöffnet werden und wir Studierende uns mit den Arbeiter*Innen dafür verbünden. Wenn also die momentane Studienstruktur Teil der gesellschaftlichen Organisation ist, so müssen wir auch gemeinsam mit Arbeiter*Innen für eine andere Organisation von Arbeit kämpfen, um die Krise zu überwinden. Damit streiten wir auch für ein anderes Bildungssystem.

Die Studierendenproteste der letzten Jahre hatten eher einen spontanen Charakter und beinhalteten häufig primär einen Abwehrkampf. Wir können beobachten, dass in Prüfungszeiten und vorlesungsfreien Zeiten die Protestintensität abflaut. Hier wird die Notwendigkeit einer Radikalisierung deutlich.

Allein durch das strenge Appellie-

ren an den Staat und politischen Entscheidungsträger*Innen durch mehr oder weniger radikale Aktionen und Demonstrationen können wir Studis zwar die öffentliche Meinung beeinflussen und Verbesserungen erzielen, dennoch heben wir nicht die grundlegende Gestaltung des dem Kapitalinteresse dienenden Bildungssystems auf. Der Schaden an jenem hält sich durch Demonstrationen und das weitere zu Grabe Tragen der Bildung sehr in Grenzen. Die Wissensproduktion ist heute selbst zur bedeutendsten Produktivkraft geworden, was durchaus als Chance begriffen werden kann: Durch das wirkliche Lahmlegen der Wissensproduktion: Streik! In dem es neben der Schaffung von Räumen zur Auseinandersetzung, Diskussion, Kritikbildung und Utopieüberlegungen auch um die Sabotage des kapitalistischen Systems geht.

Stell Dir vor, es sind Prüfungen und keine*r geht hin.

In der Prüfungsphase vereinzeln Studierende jenseits der Lerngruppen zunehmend. Wir sitzen alleine in der Bibliothek und hauen uns Daten in die Köpfe. Stattdessen sollten wir uns zusammen tun, uns organisieren und die Prüfungen boykottieren. Stellt Euch vor: ein Hörsaal, ein*E Prüfer*In, eine Klausur und niemand da. Stattdessen die Räume voll von Studierenden, die diskutieren. Stattdessen die Straßen voll von Menschen, die protestieren. Stattdessen die Wissenschaft in unseren Händen. Das mag sich jetzt erst mal wie ein weit entferntes Ziel anhören. Doch durch diese Zielsetzung können wir die Kultur an der Universität grundlegend verändern. Im Sommersemester 2011 fand an der Universität ein Protestsemester unter dem Spruch „Kampf um die Zukunft“ statt. In uniweiten Vollversammlungen formulierten alle Mitglieder der

Universität Ansprüche an die Wissenschaft und Lehre. Ich erinnere mich an eine mitgliederübergreifende Vollversammlung der geisteswissenschaftlichen Fakultät zum Ende des Semesters. Nach einem längeren Monolog des Dekans, einer etwas wärmeren Diskussion folgte nach dem Vorschlag von Studierenden, die Vollversammlung beschließen zu lassen, dass in diesem Semester an der gesamte Fakultät keine Klausuren geschrieben werden, eine heiße Auseinandersetzung. Wir hatten gekämpft, wir hatten protestiert, wir waren mit den Seminaren und Vorlesungen auf die Straße gegangen und haben sie öffentlich abgehalten, wir haben diskutiert und wir waren auch nicht immer im Seminar gewesen. Was also prüfen? Doch es schien noch nicht ausreichend zu sein, am Ende mussten wir doch Prüfungen ablegen und der Protest wurde wieder vereinzelt und gelähmt. Das geht auch anders. Lasst uns gemeinsam die Lehre und die Universität aufmischen. Lasst uns gemeinsam den Bachelor-Master-Druck und dessen Inhalt in Frage stellen. Lasst uns gemeinsam neue Ansprüche und eine andere Atmosphäre erschaffen. So dass am Ende doch alle davon überzeugt sind, dass wir in diesem Semester eine Menge gelernt haben, was nicht durch stumpfe Klausuren abgeprüft werden kann.

Darüber wie groß der Schaden für Staat und Wirtschaft sein wird, wenn drastisch weniger Absolvent*Innen auf den Arbeitsmarkt strömen, da sie ihre Prüfungen boykottieren, lässt sich spekulieren. Aber es wird ein Schaden sein.

Der entstehende Raum sollte für die Reflexion genutzt werden, um die momentane Bildungspolitik angreifen zu können und der Diktatur des Kapitals die Selbstermächtigung und Selbstorganisation aller Menschen entgegenzusetzen.



Allgemeiner Studierendenausschuss der Universität Hamburg

Impressum

V.i.S.d.P. Franziska Hildebrandt

WEB www.asta-uhh.de

E-Mail info@asta-uhh.de

Cover AStA Uni Hamburg

Layout und Satz AStA Uni Hamburg

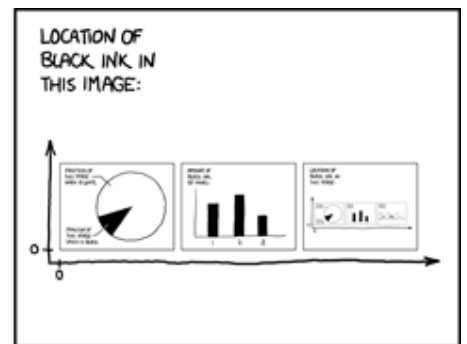
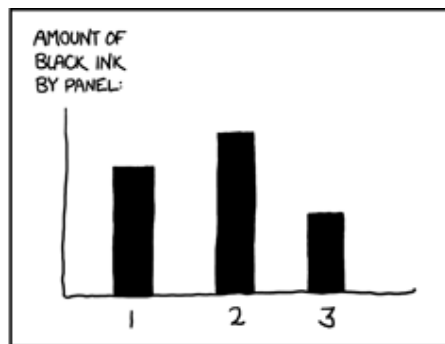
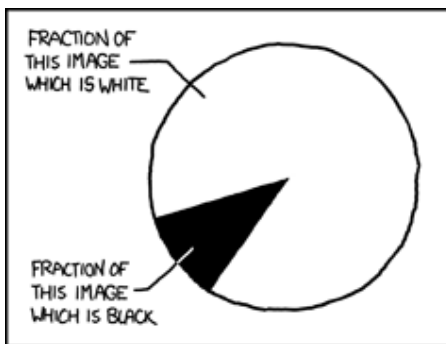


This work is licensed under a Creative Commons Attribution-NonCommercial 2.5 License.
Further details, please see: <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/2.5/>



Die letzte Seite.

XKCD: „Self-Description“



Permanent link to this comic: <http://xkcd.com/688/>

This work is licensed under a Creative Commons Attribution-NonCommercial 2.5 License.

Das Spiel zum Heft

Krisen! Bullshit! Bingo!

Einfach die Lieblingskrisenbullshitbuzzwords (siehe unten) auswählen und in die Kästchen eintragen (nach Belieben können natürlich auch eigene Wörter eingetragen werden) und schon geht's los. Vorm Fernseher bei der Tagesschau, RTL II-News oder einer Bundestagsdebatte, beim Lesen der Financial Times, des Handelsblattes oder der Zeit, in der BWL-, VWL- oder Global Governance-Vorlesung, beim Stammtisch des SPD-Ortsvereins, auf der Jahrestagung des Bundes der Steuerzahler oder bei Symposien der Handelskammer vor sich auf den Tisch legen, immer wenn ein Begriff fällt durchstreichen und wenn mensch fünf durchgestrichene in einer Reihe hat aufstehen und wahlweise laut „Bullshit“ , „Ich krieg die Krise“, „Leerverkauf“, „...“ rufen.

Bullshitbuzzworbvorschläge:

Abwertung; alle ins Boot holen; alternativlos; Ausgaben senken; Binnen- nachfrage; Buzzword; den Gürtel enger schnallen; die Märkte; Eindämmung der Krise; ein Exempel statuieren; Euro-Gruppe; Europäischer Stabilitäts- mechanismus (ESM); Europäische Zentralbank (EZB); Eurorettungsschirm; Eurozone; Fiskalpakt; Fiskalunion; Friedensnobelpreis; Generationenge- rechtigkeit; Griechenland-Rettung; Haushaltsdisziplin; Internationaler Währungsfond (IWF); Kreditwürdigkeit; Konsolidierung; Krawallpopu- listen; massive Aufwertung; Milliardenpaket; nachhaltig; pragmatisch; Ratingagentur; realistisch; Rückkaufprogramm; Schuldenschnitt; Schul- dentilgungsfond; Schuldentragfähigkeitsberichterstattung; soziale Markt- wirtschaft; Spekulationen; Staatsanleihen; Staatsbankrott; Staatsverschul- dung; Stabilitätspakt; Treffen der Staats- und Regierungschefs; Troika; über unsere Verhältnisse gelebt; unsichtbare Hand; Verantwortung; Währungs- kommissar; Zugeständnisse

Worum geht es im Heft?

Wir stecken aber nicht nur in einer Finanzkrise, sondern wir durchleben ebenso eine Energiekrise, Nahrungskrise, Klima-krise, Demokratiekrise und Ressourcenkrise. Was uns zur Frage bringt: Ist die Krise eine Fehlentwicklung im System, die innerhalb der Struktur behoben werden kann? Oder sehen wir die Krise als eine systematische Folge des widersprüchlichen Wirtschaftssystems, des Kapitalismus?

Mit der Broschüre möchte wir anhand von konkreten Arbeitsfeldern innerhalb des AStA einerseits aufzeigen, welche Möglichkeiten uns in der Krise und aus der Krise heraus offenstehen und andererseits inwieweit Bewegungen bereits Verbesserungen hervorgebracht haben.



www.asta.uni-hamburg.de